



Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 6, Juni 2005

60. Jahrgang



- Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2005
- Pflegebedürftige und Pflegeeinrichtungen in Hessen 2003
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	142
Gesamtwirtschaft	
Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2005. Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung für das erste Quartal 2005. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	143
Sozialleistungen	
Pflegebedürftige und Pflegeeinrichtungen in Hessen 2003. Von <i>Berthold Müller</i>	150
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	162
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	163
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	164
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	165
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	166
Tourismus, Verkehr	167
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	168
Verdienste	169
Buchbesprechungen	Seite 170 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2005**
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)
Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

– = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

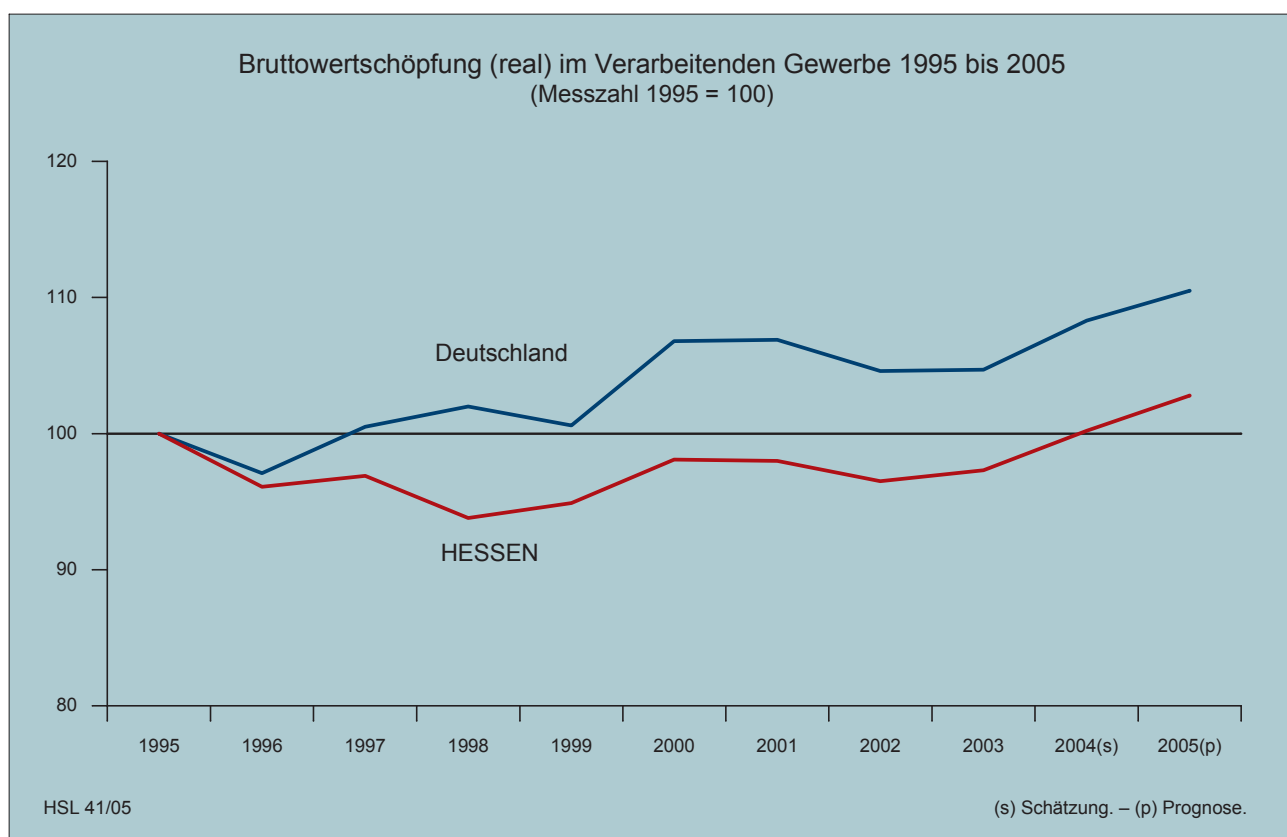
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

06 · 05

60. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Zahl der Einkommensmillionäre in Hessen weiter gestiegen

Anders als im Bundesdurchschnitt nahm in Hessen die Zahl der Einkommensmillionäre weiter zu. In der gerade fertig gestellten Einkommensteuerstatistik 2001 für das Bundesland werden 1380 veranlagte Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von jeweils mehr als 1 Mill. Euro nachgewiesen. Das sind 242 oder 21,3 % mehr als 1998. Auf 10 000 Steuerpflichtige kommen in Hessen somit ca. 6 Einkommensmillionäre. Im Mittel verdiente jeder von ihnen 2,5 Mill. Euro und zahlte davon 1,1 Mill. Euro Einkommensteuer. Die kräftige Zunahme ist umso bemerkenswerter, als bereits 1998 die dreijährlich durchgeführte Einkommensteuerstatistik für Hessen eine Verdoppelung der Zahl der Einkommensmillionäre zeigte. Während dieser Trend damals jedoch bundesweit beobachtet wurde und mit der Explosion von Veräußerungsgewinnen zusammenhing, handelt es sich dieses Mal um eine hessische Sonderentwicklung. Allerdings verlief die Entwicklung keineswegs einheitlich. So konnten insbesondere die Regionen mit bisher bereits hoher „Millionärsdichte“ erneut zulegen, während andere Kreise Rückgänge zu verzeichnen hatten. Spitzenreiter war wieder der Hochtaunuskreis mit 272 Einkommensmillionären (+ 89), gefolgt von Frankfurt am Main mit 240 (+ 74) und dem Main-Taunus-Kreis mit 116 (+ 50). Auch bezogen auf die Zahl der Steuerpflichtigen liegen diese drei Regionen vorn: Der Hochtaunuskreis kommt auf einen Spitzenwert von 30 Einkommensmillionären auf 10 000 Steuerpflichtige, der Main-Taunus-Kreis auf immerhin 13 und Frankfurt am Main auf 10. Besonders attraktiv für einkommensstarke Mitbürgerinnen und Mitbürger scheinen einige Taunusorte zu sein. Königstein beispielsweise konnte seine Millionärsquote von 70 auf 97 Einkommensmillionäre auf 10 000 Steuerpflichtige steigern, Kronberg legte von 35 auf 57 zu und Bad Homburg verdoppelte seine Quote beinahe mit 45 gegenüber 24 im Jahr 1998. Besonders hart hingegen traf es den Odenwaldkreis, der von seinem Dutzend Einkommensmillionären fast alle verlor und mit einer Quote von nur noch einem Einkommensmillionär pro 10 000 Steuerpflichtigen die „rote Laterne“ übernahm.

Höchststand: 37 400 Schülerinnen und Schüler an Privatschulen

An den hessischen allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) stieg die Schülerzahl im Schuljahr 2004/05 um 700 oder 1,9 % gegenüber dem Vorjahr, während sie an den staatlichen allgemein bildenden Schulen um 0,3 % abnahm. Es besuchen nun 37 400 Schülerinnen und Schüler eine Privatschule und 665 400 eine staatliche allgemein bildende Schule. Der Anteil der Privatschüler an den Schülern des allgemein

bildenden Schulwesens blieb in den letzten zehn Jahren konstant: Jeder neunzehnte Schüler (5,3 %) besucht eine Privatschule, und von den Gymnasiasten ist sogar jeder achte (13 %) ein Privatschüler. An den 107 Privatschulen werden derzeit 21 300 Mädchen und 16 150 Jungen unterrichtet.

Bestand der Wohnungen in Hessen 2004 leicht gewachsen

Am Jahresende 2004 gab es in Hessen 2,81 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Damit erhöhte sich im letzten Jahr die Zahl der Wohnungen um rund 14 600. Fast die Hälfte aller Wohnungen befand sich in Mehrfamilienhäusern, 27 % in Einfamilien- und 23 % in Zweifamilienhäusern. Jede 50. Wohnung lag in gewerblich genutzten Gebäuden. In den vergangenen 15 Jahren hat sich an der Struktur des Wohnungsbestandes in dieser Hinsicht nichts geändert. Auch blieb trotz zunehmender Zahl von Singlehaushalten der Anteil von kleinen Wohneinheiten (mit ein bis zwei Räumen) seit 1989 nahezu konstant. Bei größeren Wohnungen gab es eine geringfügige Verschiebung in Richtung der Wohnungen mit 5 oder mehr Räumen. Eine Wohnung hatte im Jahr 2004 durchschnittlich eine reine Wohnfläche von 90,9 m². Damit war sie nur unwesentlich größer als vor 15 Jahren. Damals betrug die Wohnfläche im Mittel 88,2 m². Rechnerisch ergaben sich 2004 rund 42 m² Wohnfläche je hessischem Einwohner, 1989 waren es 4 m² weniger. Regionalisierte Angaben zum Gebäude- und Wohnungsbestand der Kreise und Gemeinden enthält der Statistische Bericht „Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen (Fortschreibungsergebnisse)“, der im August erscheinen wird. Der Bericht steht dann auch als Downloadangebot unter www.statistik-hessen.de zur Verfügung.

30 % eines Jahrgangs machen in Hessen Abitur

Im Jahr 2004 – Ergebnisse des aktuellen Termins stehen noch aus – gab es 16 700 erfolgreiche Abiturientinnen und Abiturienten an den allgemein bildenden Schulen und 2750 an den beruflichen Schulen. Damals – wie schon in den Jahren davor – waren die jungen Frauen besonders erfolgreich: Insgesamt 10 650 Frauen erwarben die allgemeine Hochschulreife und stellten damit einen Anteil von 55 % der Abiturienten. Bezogen auf einen durchschnittlichen Altersjahrgang der 18- bis unter 21-Jährigen erreichten 30,9 % der Hessen die allgemeine Hochschulreife; Anfang der Achtzigerjahre waren es rund 25 % gewesen. Für 2004 errechnete sich für die jungen Frauen eine Abiturientenquote von 34,3 % und für die jungen Männer von 27,5 %. Im Bundesdurchschnitt lag die Abiturientenquote bei 28,2 %. Unter den Flächenländern nahm Hessen Platz 2 ein, nach Brandenburg mit 32,7 % und vor Baden-Württemberg mit 30,8 % sowie Thüringen und Nordrhein-Westfalen mit je 30,3 %. Am niedrigsten war dieser Anteil im Ländervergleich in Bayern mit 20,5 %.

Die Lage der hessischen Wirtschaft im Frühjahr 2005

Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung für das erste Quartal 2005

In gewohnter Weise nimmt das Hessische Statistische Landesamt (HSL) die ersten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Hessen für das erste Quartal des Jahres 2005 und die Beurteilung der Wirtschaftslage durch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (Frühjahrgutachten)¹⁾ zum Anlass, die aktuelle konjunkturelle Entwicklung in Hessen zu analysieren und seine „Konjunkturprognose Hessen 2005“, die in Zusammenarbeit mit der HA Hessen Agentur GmbH, der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern Ende 2004 erstellt wurde, für das laufende Jahr zu überprüfen²⁾. Zugleich gibt der Beitrag einen ersten Ausblick auf die weitere Entwicklung des Jahres 2005. Aussagekräftige, detaillierte Informationen über die weitere Entwicklung können allerdings erst nach einer differenzierten, tiefgliedrigen Analyse der konjunkturellen Entwicklung auf der Ebene aller Wirtschaftszweige (Viersteller) und nach Vorliegen der realen Bruttowertschöpfung für Hessen für die ersten zwei Quartale gemacht werden. Hierzu stehen aktuell noch zu wenig zeitnahe Indikatoren zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden gegen Ende des Jahres als gesonderte Publikation „Konjunkturprognose Hessen 2006“ vorgelegt.

Vorbemerkung

Mit der „Konjunkturprognose Hessen 2005“ hat das HSL Ende 2004 für Hessen eine Analyse und Prognose der **gesamtwirtschaftlichen konjunkturellen Entwicklung** in tiefer wirtschaftlicher Gliederung herausgegeben. Zielsetzung der Arbeit, die im Wesentlichen auf dem Datenbestand der ersten beiden Quartale 2004 basiert, war die Berechnung und **Schätzung** des Wirtschaftswachstums für das Jahr **2004** und eine **Prognose** der konjunkturellen Entwicklung für das Jahr **2005**. Ausgangsbasis für die Einschätzung der gesamtkonjunkturellen Entwicklung in **Deutschland** bildete das Herbstgutachten 2004. Hierin gingen die führenden deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Institute für das Jahr 2004 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 % aus, was aus heutiger Perspektive zu optimistisch war³⁾. Ausschlaggebend für die etwas schwächere Dynamik war der Außenhandel. Nachdem die Exporte in der ersten Jahreshälfte kräftig ausgeweitet worden waren, expandierten sie im zweiten Halbjahr deutlich langsamer. Ursächlich steht diese Entwicklung im Zusammenhang mit der Aufwertung des Euro und dem Anziehen der Rohstoffpreise. Die binnenwirtschaftlichen Kräfte blieben so schwach, dass das Nachlassen der Exporttätigkeit nicht ausgeglichen werden konnte. Durch die

Ausrichtung an den etwas überbewerteten Einschätzungen für Deutschland hatte das HSL für **Hessen** für das Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von 2,1 % gegenüber dem Vorjahr geschätzt und einen leichten Wachstumsvorsprung von 0,3 Prozentpunkten gegenüber Deutschland prognostiziert. Nach den Ergebnissen der 2. Fortschreibung liegt der Vorsprung für das Jahr 2004 mit einem Plus von 0,1 % (BIP-Wachstum: + 1,7 %) etwas schwächer. Zum Wachstum trugen insbesondere die Bereiche „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ bei. Gestiegen ist die Wirtschaftsleistung aber auch im „Verarbeitenden Gewerbe“. Dagegen wurde im „Baugewerbe“ ein deutliches Minus erzielt.

Weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2005

Die Weltkonjunktur expandierte im Jahr 2004 kräftig. Zwar verlangsamte sich die Zunahme im Verlauf des Jahres, doch erwiesen sich insbesondere die beiden Motoren der weltwirtschaftlichen Erholung, die USA und China, als sehr robust gegenüber dem Anstieg der Öl- und Rohstoffpreise sowie der leichten Straffung auf geldpolitischer Seite. Insgesamt dürfte das reale BIP in der Welt nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahr 2005 um 3 % steigen, nachdem es im Jahr 2004 mit 3,8 % sehr kräftig zugenommen hatte. Der Welthandel wird um voraussichtlich 7 % zulegen, gegenüber 9 % im Jahr 2004. In den **USA**, wo sich der Aufschwung bis zuletzt fortgesetzt hat, lässt die Dynamik langsam nach. Motor des Aufschwungs blieb die Binnennachfrage. Die US-Unternehmen weiteten ihre Ausrüstungsinvestitionen angesichts zunehmender Ka-

1) Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005.

2) Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2005“ kann zum Preis von 10 Euro inkl. Versandkosten vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.statistik-hessen.de. Dort steht die Veröffentlichung – zum Preis von 8 Euro – auch als Online-Angebot zur Verfügung.

3) Nach den Ergebnissen der 1. Fortschreibung legte das BIP in Deutschland im Jahr 2004 um 1,6 % zu.

1. Bruttoinlandsprodukt (real) 2004 bis 2006 nach
Wirtschaftsräumen
(Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %)

Wirtschaftsraum	2004	2005 (s)	2006 (p)
USA	4,4	3,5	3,1
Eurozone	2,1	1,4	2,0
davon			
Deutschland	1,6	0,7	1,5
Frankreich	2,5	1,9	2,2
Italien	1,2	0,8	1,6
Spanien	2,7	2,6	2,7
Niederlande	1,4	1,1	2,0
Belgien	2,9	2,1	2,4
Österreich	2,0	2,1	2,4
Finnland	3,7	3,0	3,0
Griechenland	4,2	2,3	2,8
Portugal	1,0	0,8	1,6
Irland	5,4	4,5	5,0
Luxemburg	4,2	3,8	4,0
Neue EU-Mitgliedstaaten	5,1	4,4	4,6
Japan	2,7	1,0	1,9
Industrieländer insgesamt	3,3	2,3	2,5
Ostasien ¹⁾	5,6	4,5	4,5
Russland	7,1	6,5	6,0
Lateinamerika ²⁾	5,8	4,5	4,5
<small>(s) Schätzung, (p) Prognose</small>			
<small>1) Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Hongkong, Singapur, Philippinen. — 2) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile.</small>			
<small>Quelle: 2004: Statistisches Bundesamt, 2005 und 2006: Wirtschaftsforschungsinstitute.</small>			

pazitätsauslastung und anhaltend günstiger Absatz- und Erfolgsaussichten sowie vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Gewinne in hohem Tempo aus. Zugleich wurde der private Konsum durch die vergleichsweise niedrigen Zinsen und den Anstieg der Immobilienpreise gestützt, der zu kräftigen Vermögenszuwächsen führte. Insgesamt dürfte die Produktion in den USA im Verlauf des Jahres 2005 jedoch nochmals deutlich zulegen und das reale BIP um 3,5 % (2004: + 4,4 %) gegenüber dem Vorjahr wachsen. Für die **Eurozone** ist dagegen von einer eher verhaltenen Entwicklung auszugehen. Nachdem sich die wirtschaftliche Aktivität in der ersten Jahreshälfte 2004 spürbar belebt hatte, flachte die Expansion nach der Jahresmitte nicht zuletzt als Folge der hohen Ölpreise ab. Im Hinblick auf diese Entwicklung prognostizieren die Wirtschaftsforschungsinstitute ein Wachstum des realen BIP um 2,1 % im Jahr 2004 und um 1,4 % im Jahr 2005.

Ostasien, das wesentlich von der Entwicklung in China bestimmt ist, bleibt ein Wachstumszentrum der Weltwirtschaft. Insbesondere die Investitionsdynamik, nicht zuletzt im Immobiliensektor, scheint ungebrochen. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte das BIP um 4,5 %, in China sogar um 8,5 % (2004: Ostasien: + 5,6 %, China:

+ 9,5 %) erreichen. Auf vergleichsweise hohem Niveau dürfte die Konjunktur zudem in **Russland** (2004: + 7,1 %, 2005: + 6,5 %) verlaufen. Die optimistischen Erwartungen in die wirtschaftliche Entwicklung **Lateinamerikas** werden sich im Jahr 2005 mit einem Zuwachs des BIP um 4,5 % fortsetzen (2004: + 5,8 %). Obwohl sich die fundamentalen Wachstumsbedingungen in **Japan** verbessert haben, dürfte die Wirtschaft dort im Jahr 2005 nur mit einer realen Zunahme von 1 % wachsen.

Konjunkturelle Entwicklung in Deutschland

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland ist bereits wieder eingebrochen. Nach einem kräftigen Anstieg im ersten Halbjahr 2004 stagnierte das reale BIP und nahm gegen Jahresende sogar leicht ab. Ausschlaggebend dafür war der deutliche Rückgang der außenwirtschaftlichen Impulse. Die realen Exporte stiegen in der zweiten Jahreshälfte kaum mehr, nachdem sie in den beiden Vorquartalen noch mit zweistelligen Raten gewachsen waren. Da sich an den Wachstumsbedingungen in Deutschland kaum etwas verbessert hat, wird das BIP im Jahr 2005 voraussichtlich nur um 0,7 % zunehmen. Im ersten Quartal 2005 stieg es allerdings mit 1 % gegenüber dem Vorquartal stärker als erwartet.

Das Geschäftsklima hat sich – laut Ergebnis des **ifo-Konjunkturtests** – in den ersten Monaten weiter verschlechtert. So ist der Klimaindikator im April 2005 zum dritten Mal in Folge zurückgegangen. Wenngleich die befragten Unternehmen ihre aktuelle Lage nur wenig verändert beurteilten, wurden die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate jedoch deutlich pessimistischer beurteilt als zuvor.

Auch die Dynamik der **Investitionsneigung** ist trotz der Belebung im Sommerhalbjahr 2004 bereits im Schlussquartal wieder ins Stocken geraten. Insgesamt gingen die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2004 leicht um 0,1 % zurück, wobei allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen auftraten. Während die **Ausrüstungsinvestitionen** und die Investitionen in **sonstige Anlagen** erstmals seit 2001 ein geringes Plus aufwiesen, sanken die Investitionen in **Wohn- und Wirtschaftsbauten** im Verlauf des Jahres 2004 weiter kräftig. Alles in allem dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im Jahr 2005 um 3,8 % steigen.

Konjunkturelle Impulse erhielt die deutsche Konjunktur nach wie vor durch die **Exporte**, die im Jahr 2004 kräftig anzogen. Im Jahresdurchschnitt lagen die Ausfuhren 8,6 % über ihrem Vorjahreswert. Die Dynamik schwächte sich im Laufe des Jahres allerdings merklich ab. Während die Exporte in der ersten Hälfte noch mit ca. 12 % zunahmen, betrug der Zuwachs im zweiten Halbjahr nur noch rund 1 %. Maßgeblich für die Ab-

schwächung dürften die etwas verhaltene Konjunktur, insbesondere in Asien, und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gewesen sein. Für das Jahr 2005 werden die Rahmenbedingungen für den Export weiterhin günstig eingeschätzt. Eine spürbare Beschleunigung ist allerdings erst nach der Jahresmitte 2005 zu erwarten, wenn die dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung abklingen und sich die Konjunktur im übrigen Euroraum festigt. Insgesamt wird die Ausfuhr im Jahr 2005 im Durchschnitt voraussichtlich um 4,1 % steigen.

Auch die **Importe** von Waren und Dienstleistungen nahmen im Jahr 2004 deutlich zu. Im Jahr 2005 werden die Einfuhren, wenngleich etwas verhaltener als im vergangenen Jahr, weiter zunehmen. Der Grund hierfür ist, dass sowohl die Binnennachfrage als auch die Exporttätigkeit, die ihrerseits einen hohen Importanteil aufweist, weiter moderat expandieren. Insgesamt dürften die Importe im Jahr 2005 um 3,8 % steigen.

Der **Preisanstieg** des Jahres 2004, für den vor allem die höheren Kosten für Gesundheit, das zweimalige Anheben der Tabaksteuer sowie das Anziehen der Ölpreise verantwortlich war, klingt im Jahr 2005 ab. Insbesondere werden nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute die Preise für Mineralöl und andere Rohstoffe im Verlauf des Jahres 2005 leicht nachgeben, wobei die vorausgegangenen Verteuerungen noch eine Zeit lang überwältigt werden. Alles in allem wird mit einer Inflationsrate von 1,7 % gerechnet.

Auch im Jahr 2005 zeigt sich keine Besserung auf dem **Arbeitsmarkt**. Sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Erwerbstätigen hatten im vierten Quartal 2004 zugenommen. Diese Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen war jedoch nicht konjunkturell bedingt, sondern einerseits durch die geschaffenen „Ein-Euro-Jobs“, andererseits durch die Zahl der Ich-AGs entstanden. Der tendenziell beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik steht im Prognosezeitraum die schwache konjunkturelle Dynamik der Arbeitsnachfrage entgegen. Der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird sich deshalb bis Ende 2005 fortsetzen. Nach einer leichten Zunahme im Jahr 2004 dürfte – wie von den Wirtschaftsforschungsinstituten erwartet – das Arbeitsvolumen im Jahr 2005 stagnieren. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird jedoch vorübergehend weiter steigen, wenn auch in deutlich geringerem Maße. Ab der zweiten Jahreshälfte 2005 ist dann im Zuge der fortschreitenden konjunkturellen Erholung mit einer Tendenzwende bei der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die **monetären Rahmenbedingungen** gestalten sich günstig für die Konjunktur. So hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen seit dem Juni 2003 unverändert

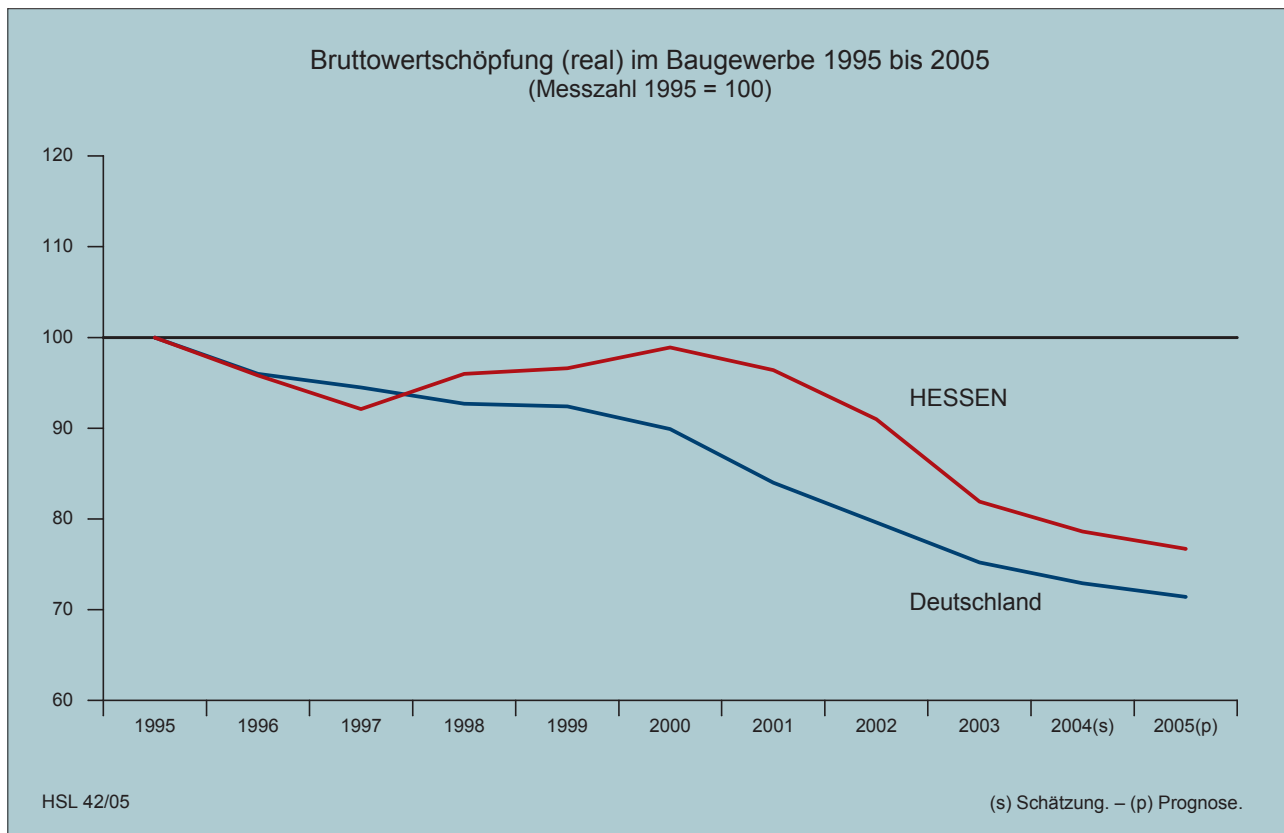
gelassen. Zudem haben sich die Kapitalmarktzinsen in den vergangenen Monaten weltweit wieder etwas verringert. Auf Grund der Euro-Aufwertung hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit aber marginal verschlechtert. Alles in allem werden sich die Leitzinsen im Euroraum nicht verändern. Die Kapitalmarktzinsen dürften leicht anziehen, doch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit etwas verbessern, da der Preisanstieg in Deutschland geringer sein wird als bei den Handelspartnern.

Sektorale Entwicklung in Hessen

Das Wachstum der hessischen Wirtschaft im Jahr 2004, das im Jahresdurchschnitt 1,7 % erreichte, hat sich im ersten Quartal 2005 der Entwicklung im Bund angeglichen. Gemäß HSL-interner Berechnungen stieg das BIP im 1. Quartal 2005 um etwa 1 % gegenüber dem Vorquartal.

Im hessischen **Verarbeitenden Gewerbe** hat sich das konjunkturelle Umfeld im ersten Quartal 2005 etwas verschlechtert. Die Umsätze (Volumenindex) gaben saison- und kalenderbereinigt um 5,4 % nach. Schwach waren dabei sowohl die Inlandsumsätze, die um 6,1 % nachgaben, als auch die Auslandsumsätze (- 4,3 %). Zudem fiel im ersten Quartal der Index für die Auftragseingänge um 4,1 %. Während die Inlandsaufträge um 9,8 % einbrachen, nahmen die Auslandsaufträge um 3,4 % zu. Der nach den Einschnitten durch die Gesundheitsreform in Deutschland wieder anziehende Pharmamarkt dürfte sich – bedingt durch seinen hohen Anteil an der hessischen Chemie – wieder etwas besser als im Jahr 2004 entwickeln. Dafür spricht, dass sich die Auftragseingänge für die hessische Chemische Industrie im ersten Quartal um 13 % erhöhten. Deutlich verbessert hat sich auch die Stimmung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe. Der IHK-Konjunkturindikator erhöhte sich um fast 3 Punkte auf einen Index von 109. Laut Befragung rechnet jedes vierte hessische Industrieunternehmen mit einem anhaltenden Wachstum. Verbessert hat sich insbesondere die Lage der Verbrauchsgüterproduzenten. Alles in allem erscheint der prognostizierte Anstieg der realen Bruttowertschöpfung im hessischen Verarbeitenden Gewerbe um 2,6 % im Jahr 2005 aus heutiger Perspektive jedoch als etwas überhöht (siehe auch Schaubild auf Seite 141).

Die schlechte konjunkturelle Entwicklung im hessischen **Baugewerbe** im Jahr 2004 wird – gemäß erster Quartalsberechnungen – im Jahr 2005 ähnlich negativ verlaufen wie angenommen. Belastend für die Situation in der Baubranche und die damit verbundene Investitionsbereitschaft wirken sich nach wie vor die Leerstände von Gewerbeimmobilien und Wohnraum sowie geringe Mietsteigerungen aus. Hemmend dürfte sich ferner aus-

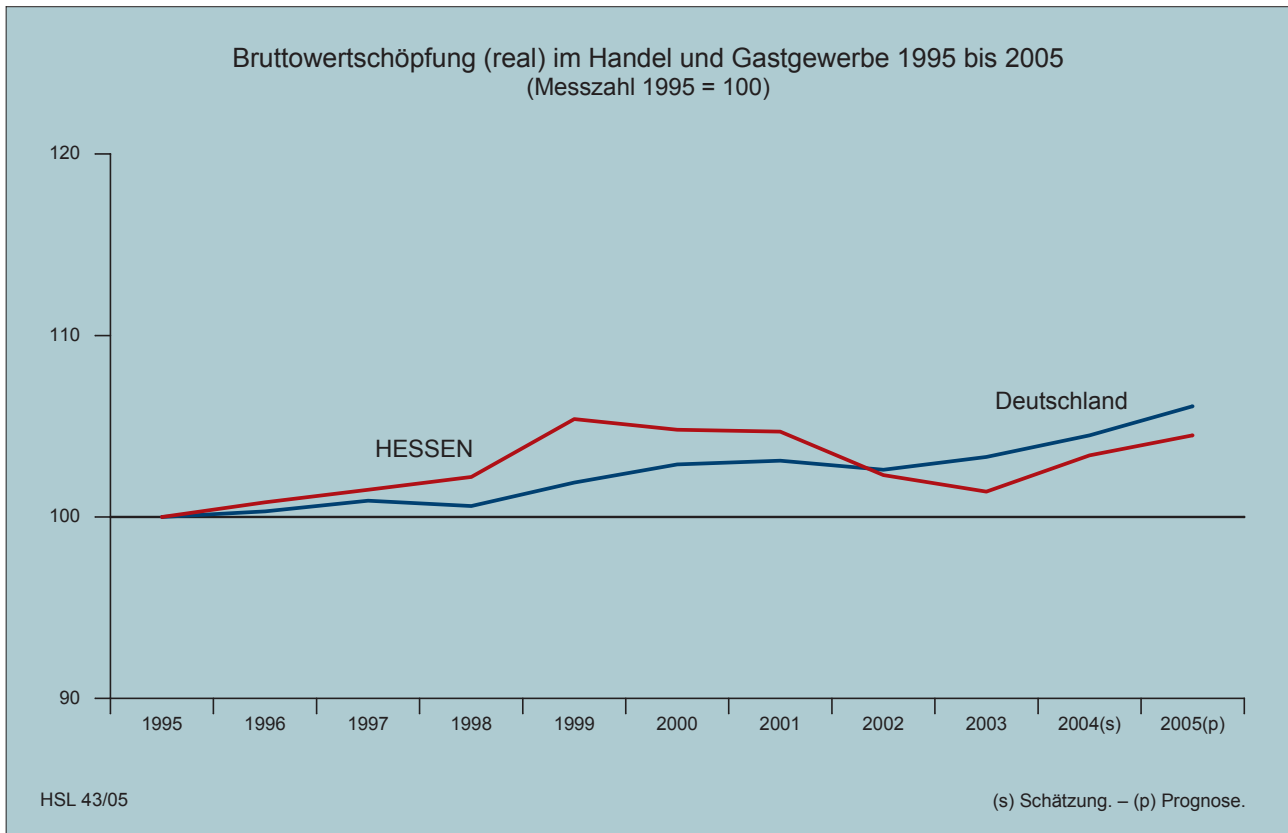


wirken, dass sich die Teuerung im hessischen Wohnungsbau weiter beschleunigt hat. So wurde im Februar 2005 der stärkste Preisauftrieb (+ 1,7 % gegenüber dem Vorjahr) seit November 2000 gemessen. Dabei zogen sowohl die Preise für Roh- als auch Ausbauleistungen an. Im ersten Quartal 2005 erhöhten sich die Auftrags-eingänge im hessischen Bauhauptgewerbe kalender- und saisonbereinigt um 13 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal, während die Umsätze im gleichen Zeitraum um 13 % und die Zahl der Beschäftigten um 11 % fielen. Vor diesem Hintergrund dürfte es der Branche schwer fallen, noch in diesem Jahr auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Vielmehr dürfte die prognostizierte Entwicklung von - 2,5 % eintreten. Diese unbefriedigende Situation drückt die Stimmung der hessischen Bauwirtschaft. So fiel der IHK-Klimaindex in Hessen um weitere 6 Punkte auf einen Stand von nur noch 68 Punkten. Auch für die kommenden Monate behalten die Pessimisten – trotz der üblicherweise einsetzenden Frühjahrsbelebung – die Oberhand.

Der Bereich „**Handel und Gastgewerbe**“ ist unverändert ins Jahr 2005 gestartet. Nach wie vor besteht auch in Hessen eine große Kaufzurückhaltung, die durch die konjunkturelle Entwicklung, hohe Arbeitslosigkeit und die allgemeine Verunsicherung über den wirtschaftlichen Fortgang geprägt ist. Analog dazu fällt die Stimmung zur gegenwärtigen Lage im hessischen Einzelhandel immer noch schlecht aus, wenngleich sich die Lage gegenüber dem Herbst 2004 etwas verbessert

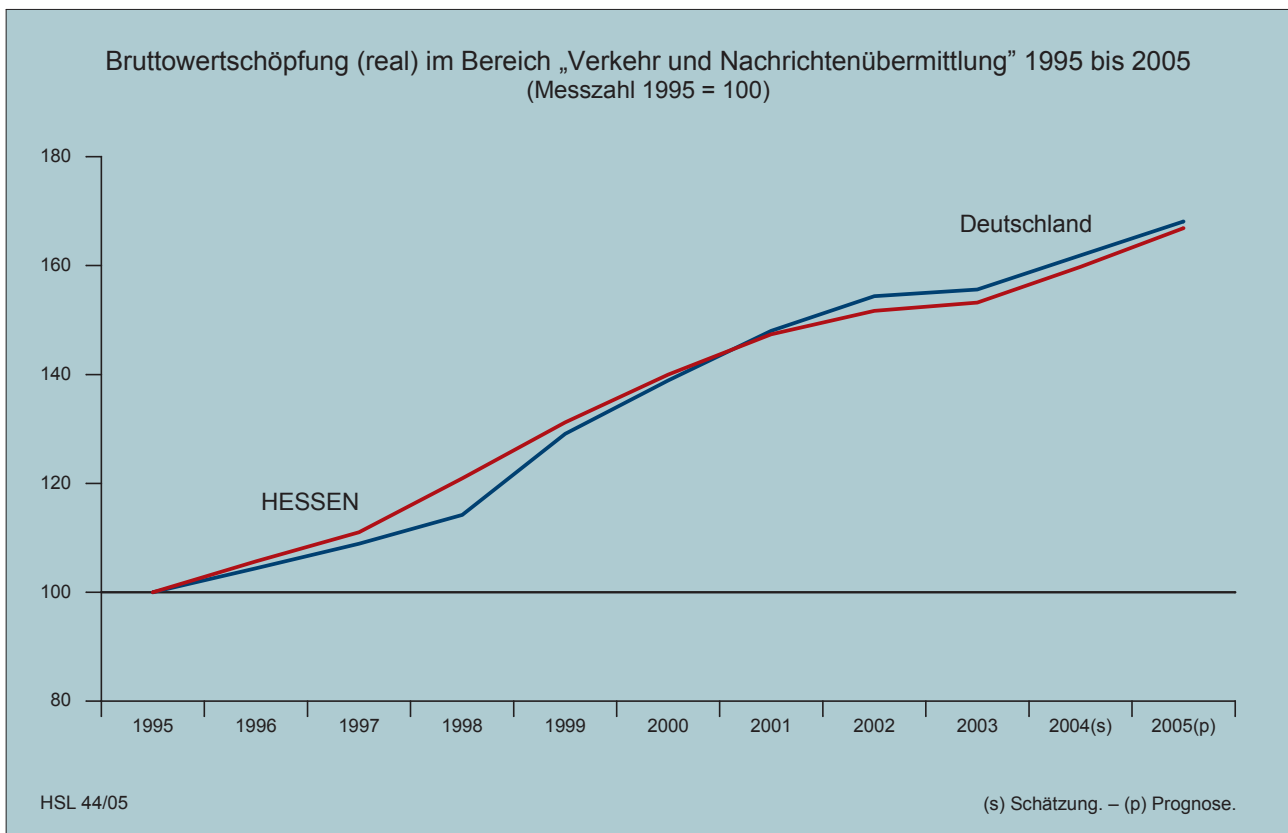
hat. Bei der Einschätzung der künftigen Lage ist die Branche verhalten optimistisch. Auch beim Großhandel überwiegen die pessimistischen Einschätzungen. Allerdings konnten hier im Jahr 2004 vor allem der Großhandel mit Verbrauchs- und Verbrauchsgütern sowie der Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen Umsatzsteigerungen erzielen. Dagegen befanden sich der Großhandel mit Nahrungsmitteln und die Handelsvermittler in Hessen im Abschwung. Die Situation im hessischen Gastgewerbe hat sich wieder verbessert. Hier stieg der Klimaindex im ersten Quartal 2005 um 7 Punkte auf einen Index von 100. Insgesamt wird sich die in der Gemeinschaftsprognose für 2005 unterstellte Zunahme von 2 % für den gesamten Wirtschaftsbereich aber wahrscheinlich nicht realisieren lassen.

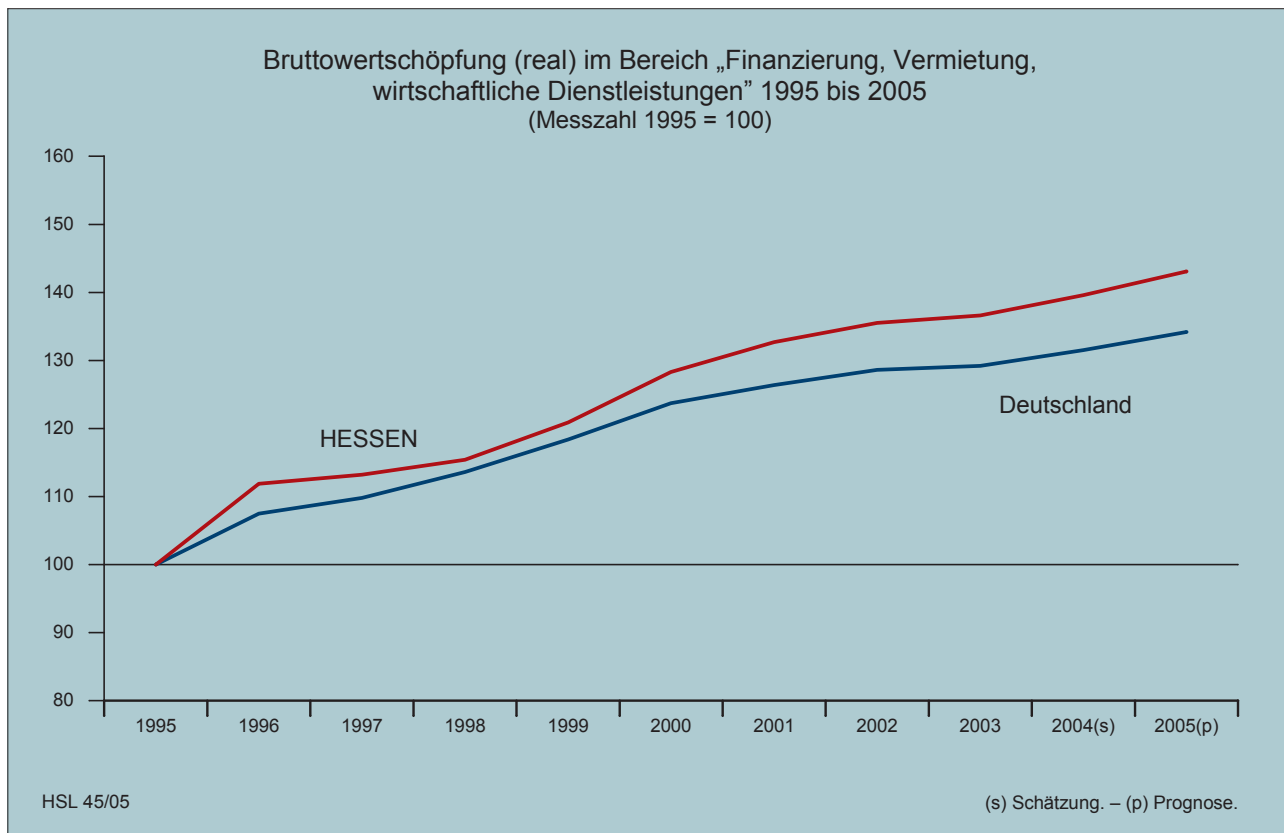
In Hessen entwickelt sich der Bereich **Verkehr- und Nachrichtenübermittlung** nach wie vor positiv. Belastend für den Verkehrsbereich wirkt sich Anfang 2005 vor allem der hohe Ölpreis aus, der sich im Gegensatz zu den Expertisen nicht auf das Niveau von leicht über 30 US-Dollar zurückgebildet hat. In Reaktion hierauf hat die Stimmung im hessischen Verkehrsgewerbe nachgegeben. Wenngleich im ersten Quartal 2005 noch drei Viertel aller Unternehmen die aktuelle Lage als „gut“ oder „befriedigend“ bewerteten, wird eine zunehmende Unsicherheit erkennbar. So rechneten immerhin 28 % mit einer leicht ungünstigeren Entwicklung in den kommenden Monaten. Insbesondere die Speditionen



zeigten sich wenig optimistisch. Das aktuelle Frachtvolumen bleibt zwar hoch und das befürchtete „Mautchaos“ ist weitgehend ausgeblieben, die Autobahngewehren führten aber zu einer Mehrbelastung. Im Jahres-

verlauf dürfte die Branchenentwicklung jedoch wieder etwas an Dynamik gewinnen, das Wachstum aber nicht mehr so stark wie in der Konjunkturprognose unterstellt (+ 4,5 %) zunehmen.





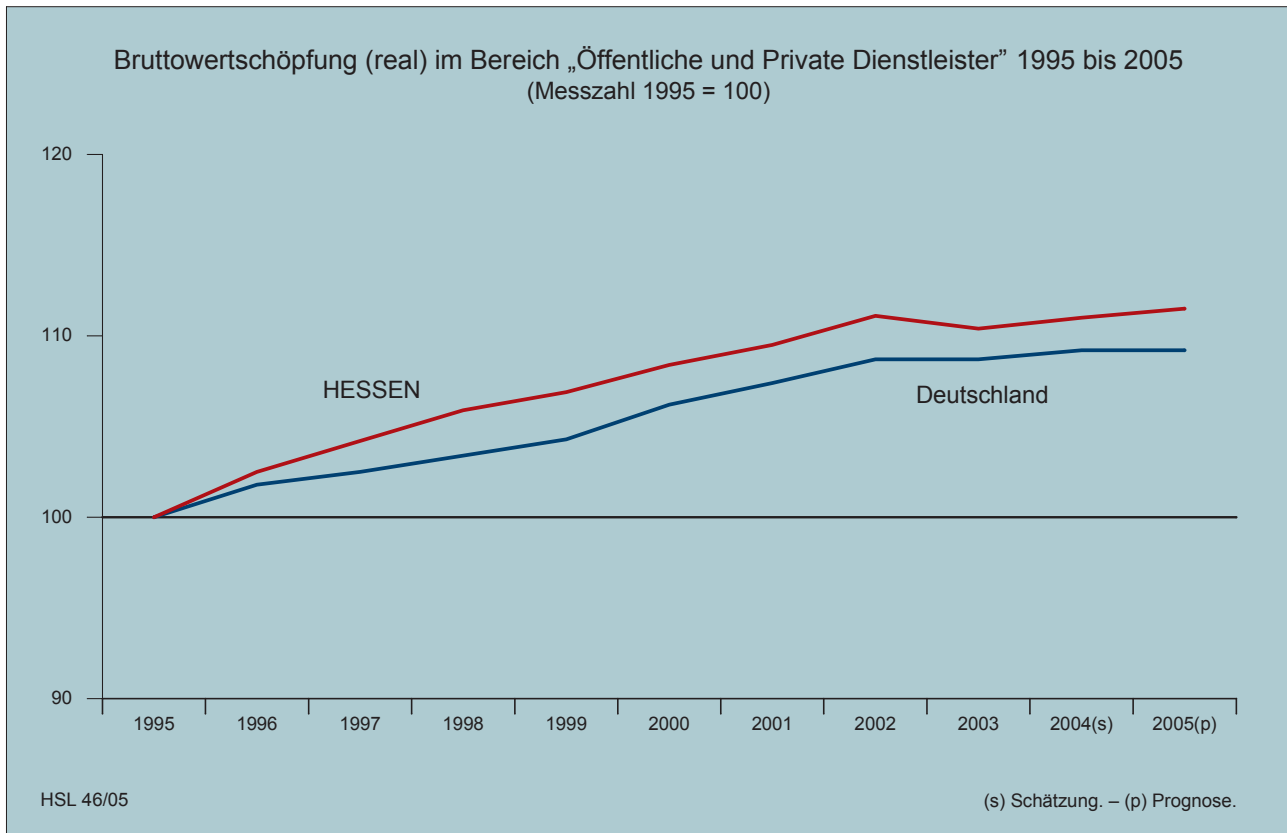
Zu den Leid Tragenden der deutschen Misere zählen vor allem die Finanzinstitute. Je länger die Konjunkturschwäche andauert, umso mehr Unternehmen werden insolvent, was auf steigende Kreditausfälle der Banken hinausläuft. Gemessen daran verläuft die konjunkturelle Entwicklung im hessischen Wirtschaftsbereich **Finanzierung, Vermietung, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen** immer noch recht stabil. Zwar liegt die Wachstumsrate – wie erwartet – für das erste Quartal 2005 gegenüber dem Vorquartal auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Die Erfolge der Restrukturierungsmaßnahmen sowie die Gewinne und Provisions-einnahmen im Rahmen der sich erholenden Börsengeschäfte deuten aber darauf hin, dass die prognostizierte Wachstumsrate von 6,1 % im laufenden Jahr erreicht werden kann. Vor allem die Lage der Banken hat sich in jüngerer Vergangenheit zum Positiven entwickelt. Sie haben ihr Risikomanagement weiter verbessert und ihre Risikoaktiva deutlich reduziert. Die operativen Erträge konnten im Jahr 2004 bemerkenswert gesteigert werden. In diesem Zusammenhang erhielt die Stimmung bei den hessischen Banken einen erfreulichen Aufwind. So stieg der IHK-Geschäftsklimaindex auf hohem Niveau um fast 10 Punkte auf 125 Punkte. Lage- und Erwartungseinschätzungen signalisieren dabei eine große Zuversicht. Etwas schlechter als bei den Kreditinstituten fiel die Stimmung bei den Finanzdienstleistern aus. Der Klimaindex verlor auf hohem Niveau 12 Punkte und fiel auf einen Index von 123 zurück. In der Beurteilung der Lage und der der Erwartungen dominierten aber weiter

die Optimisten. Positive Signale gehen von den Beschäftigungs- und Investitionsplänen aus. Laut Umfrage wird die Branche im Jahr 2005 zusätzliche Kapazitäten in Hessen aufbauen. Insbesondere das Leasinggeschäft dürfte hiervon in besonderer Weise profitieren. Die hessische Versicherungswirtschaft rechnet für das Jahr 2005 mit einer weitgehend unveränderten Entwicklung gegenüber dem Vorjahr.

Der Beitrag der **Öffentlichen und Privaten Dienstleistungen** zum realen Bruttoinlandsprodukt dürfte nach den ersten internen Berechnungen im ersten Quartal 2005 stagnieren. Sowohl die privaten Dienstleister als auch der Staat haben durch Sparprogramme die Ausgaben und Investitionen im laufenden Jahr nach unten gefahren. Vor diesem Hintergrund sind für diesen Wirtschaftsbereich auch für den weiteren Verlauf des Jahres keine nennenswerten Steigerungen zu erwarten. Allein bei den sonstigen Dienstleistern hat sich die Stimmung in Hessen wieder leicht verbessert. Hier stieg der IHK-Konjunkturklimaindex im ersten Quartal 2005 um 8 Punkte auf einen Indexstand von 100. Alles in allem dürfte es schwer fallen, selbst das in der Konjunkturprognose unterstellte geringfügige jahresdurchschnittliche Wachstum von 0,4 % in Hessen zu erreichen. s

Ausblick

Die bisher vorliegenden Frühindikatoren und Berechnungen lassen für das Jahr 2005 eine Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Hessen er-



warten. Angesichts der abermals revidierten Wachstumsrate für den Bund, die sich laut Frühjahrsgutachten im Jahresdurchschnitt auf nur noch 0,7 % belaufen wird, dürfte der prognostizierte Wachstumsvorsprung

Hessens gegenüber Deutschland auf ein geringes Niveau zusammenschrumpfen. Das **gesamtwirtschaftliche Wachstum** in Hessen wird somit im Jahresdurchschnitt **2005** voraussichtlich etwas unter **1 %** liegen.

Pflegebedürftige und Pflegeeinrichtungen in Hessen 2003

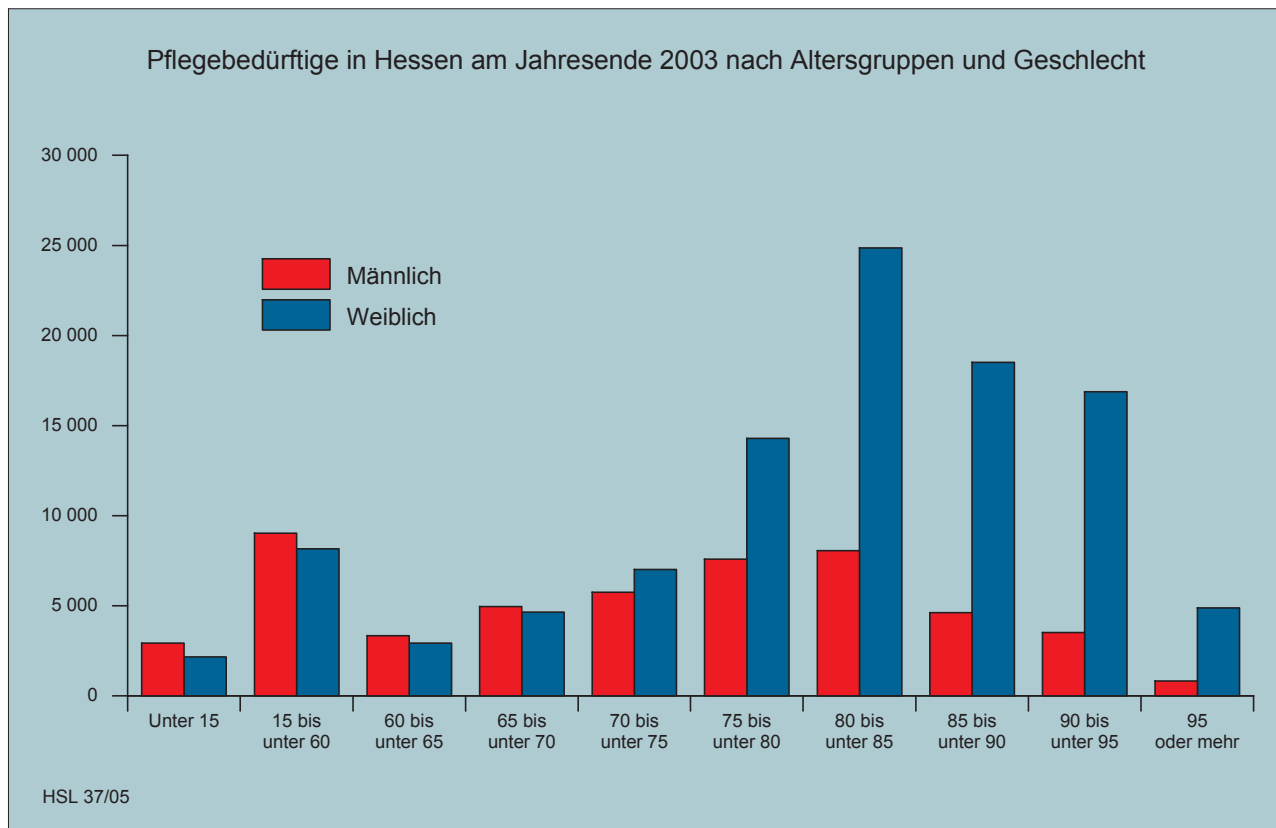
Im Dezember 2003 wurde zum dritten Mal die Pflegestatistik durchgeführt. Mit 155 000 Pflegebedürftigen wurden die Ergebnisse der beiden Vorerhebungen überschritten. Der Zuwachs hat sich beschleunigt, nach durchschnittlich 1,1 % in den Jahren 2000 und 2001 errechnet sich für die beiden Folgejahre eine Steigerungsrate von 2,1 %. Mehr als zwei Drittel sind Frauen, die ein erheblich höheres Pflegerisiko aufweisen als Männer. Drei Viertel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, davon ein Fünftel durch ambulante Pflegedienste. Im Vergleich zu 1999 ist der Pflegebedarf gestiegen, wobei der Grad der Pflegebedürftigkeit abgenommen hat. In regionaler Differenzierung zeigt sich, dass es in den kreisfreien Städten weniger Pflegebedürftige gibt als in den Landkreisen. Die ambulanten Pflegedienste waren in den vier Jahren einem Konzentrationsprozess unterworfen, ihre Zahl ist um 9 % zurückgegangen, die durchschnittliche Größe hat sich von 15 auf 18 Pflegekräfte erhöht. Die stationären Pflegeheime sind zu 90 % durch Dauerpflege ausgelastet, zusätzliche Kapazitäten in stationären Einrichtungen haben vor allem private Träger aufgebaut. Teilzeitbeschäftigung hat in der professionellen Pflege einen Umfang erreicht, wie sie in keinem anderen – vergleichbar großen – Bereich des Dienstleistungsgewerbes anzutreffen ist. Allgemein lässt sich ein Trend hin zu mehr professionellen Pflegekräften beobachten. Aufbauend auf ein Schätzmodell für den Gesamtaufwand der Pflegekassen lässt sich nach Anpassung an die Spitzabrechnung des Jahres 2003 ein Wert für den durchschnittlichen Aufwand je Pflegebedürftigen ableiten, der bei 666 Euro im Monat liegt. Ausgehend von der Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050 wird die Entwicklung der Pflegebedürftigen berechnet, wenn die beobachteten Strukturen des Jahres 2003 unverändert gelten würden. Danach wird bis 2020 mit einem Zuwachs der Pflegebedürftigen um 34 % zu rechnen sein. Durch die Substituierung häuslicher Pflege durch professionelle Pflege auf Grund des demografischen Wandels und der dadurch geänderten Familienstrukturen werden die Pflegekassen zusätzlich belastet, sodass mit einer Verdoppelung der Ausgaben bis 2040 zu rechnen ist.

Die im Abstand von zwei Jahren stattfindende Statistik besteht aus zwei Erhebungsteilen. Einerseits werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragt, andererseits liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherungen Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen, also die in der Regel meist von Angehörigen betreuten Leistungsempfänger. Für die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12. Erhebungstichtag. Aus organisatorischen Gründen davon abweichend ist der 31.12. der Stichtag für die Pflegegeldempfänger. Rechtsgrundlage ist die Pflegestatistik-Verordnung aus dem Jahr 1999, die auf Grund einer Ermächtigung durch das Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) geschaffen worden war. Dort finden sich auch die Definitionen und Abgrenzungen der Statistik.

Pflegebedarf für Frauen doppelt so hoch wie für Männer

Ende 2003 erhielten in Hessen 155 000 Bürgerinnen und Bürger Leistungen aus der Pflegeversicherung. Mehr als zwei Drittel der Leistungsempfänger waren Frauen. Die Hälfte der Empfänger war älter als 80 Jahre. Männer werden früher pflegebedürftig, hier lag der Mittelwert bei 74 Jahren. Frauen werden im Durchschnitt 8 Jahre später pflegebedürftig, die Hälfte der Leistungs-

empfängerinnen war 82 Jahre oder älter. Der hohe Frauenanteil bei den zu Pflegenden erklärt sich nicht allein aus dem hohen Frauenüberschuss, als Folge ihrer höheren Lebenserwartung, und den Verlusten bei den Männern durch die beiden Weltkriege. Auf Grund der Daten ergibt sich für sie ein grundsätzlich höherer Pflegebedarf als für Männer. Errechneten sich im Durchschnitt 25 Pflegebedürftige je 1000 Einwohner, so waren es bei den Männern nur 17, bei den Frauen mit 34 jedoch doppelt so viele Pflegebedürftige. Das Risiko der Pflegebedürftigkeit ist auch in Abhängigkeit vom Alter sehr unterschiedlich. Während im Alter unter 60 Jahren nur 5 von 1000 Einwohnern pflegebedürftig sind, steigt dieser Wert mit Beginn des siebten Lebensjahrzehnts drastisch. So gibt es in der Altersgruppe der 65 bis unter 70-Jährigen schon etwa 30 Pflegebedürftige je 1000 Einwohner. Mit weiter steigendem Alter wächst die Quote überproportional an und erreicht ihren höchsten Wert im Alter zwischen 90 bis unter 95 Jahren. Dann sind fast 600 je 1000 Einwohner pflegebedürftig. Für die Bevölkerung im Alter von 95 Jahren oder älter fällt die Zahl dann wieder auf 530. Noch ein Blick auf die Unterschiede, die sich für Männer und Frauen in den einzelnen Altersgruppen ergeben: Während Männer bis zu einem Alter von 65 Jahren ein – wenn auch nur geringfügig – höheres Pflegerisiko haben als Frauen, bleibt deren Pflegebedarf mit fortschreitendem Alter stets erheblich unter dem der Frauen. Für



die Altersgruppe der 95 Jahre oder älteren Frauen errechnen sich 656 Pflegebedürftige. In dieser Gruppe schwächt sich der Anstieg des Risikos bei den Frauen lediglich ab, während es für Männer in dieser Altersgruppe stark zurückgeht und nicht einmal mehr halb so groß ist wie das für Frauen.

Drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

Die häusliche Pflege ist nach wie vor die am häufigsten anzutreffende Betreuungsform in Hessen, nur ein Viertel der Pflegebedürftigen wird stationär in Pflegeheimen versorgt. Dabei werden mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen ausschließlich von Angehörigen betreut, und für jeden fünften Pflegebedürftigen werden Leistungen durch Pflegedienste erbracht. Ausschließlich von Pflegediensten wird im häuslichen Bereich etwa jeder zehnte Pflegebedürftige versorgt, fast gleich groß ist die Gruppe der Pflegebedürftigen, die in Zusammenarbeit von Angehörigen und Pflegediensten betreut werden. Pflegebedürftige Kinder werden fast vollständig zu Hause versorgt. Bis zum Alter von 60 Jahren fällt dieser Anteil zunächst auf 80 % und geht im Alter von 75 bis unter 80 Jahren auf 76 % zurück. Ab dem 85. Lebensjahr, wenn der Grad der Pflegebedürftigkeit deutlich zunimmt, gewinnt die professionelle Pflege in wachsendem Maß an Bedeutung, sodass ab dem 95. Lebensjahr nur noch etwas mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen zu Hause lebt. Die Aufgliederung

nach Pflegestufen macht die mit dem Grad der Pflegebedürftigkeit zunehmende Inanspruchnahme professioneller Dienste deutlich. In der Pflegestufe I, ihr ist nahezu die Hälfte der Pflegebedürftigen zugeordnet, liegt der Anteil der zu Hause versorgten Leistungsempfänger am höchsten und zwar bei mehr als vier Fünfteln, ausschließlich von Angehörigen betreut werden knapp zwei Drittel. In der Pflegestufe II geht der häusliche Betreuungsanteil auf 70 % zurück und sinkt in der Pflegestufe III auf 59 %. Hier wird nur noch gut ein Drittel ausschließlich von Angehörigen betreut. Frauen werden in allen Pflegestufen seltener zu Hause betreut als Männer, da sie – vor allem ab dem 75. Lebensjahr – auf Grund des Frauenüberschusses überwiegend alleine leben. Aus den Ergebnissen des Mikrozensus wissen wir, dass weniger als die Hälfte der Frauen in dieser Altersgruppe in Mehrpersonenhaushalten lebt und daher nur in wenigen Fällen Betreuungspersonen im Haushalt anzutreffen sind. Dagegen leben drei Viertel der Männer über 75 Jahren in Mehrpersonenhaushalten.

Pflegebedarf gestiegen

Die Zahl der Pflegebedürftigen ist in den Jahren 1999 bis 2003 im Durchschnitt um 1,6 % gestiegen. Dabei hat sich der durchschnittliche Zuwachs in den beiden Jahren 2002 und 2003 gegenüber den beiden Vorjahren um einen Prozentpunkt von durchschnittlich 1,1 auf 2,1 % beschleunigt. Da dieser Steigerung kein entsprechender Bevölkerungszuwachs gegenüber stand, hat

Pflegebedürftige nach Grad der Pflegebedürftigkeit, Unterbringung und Geschlecht

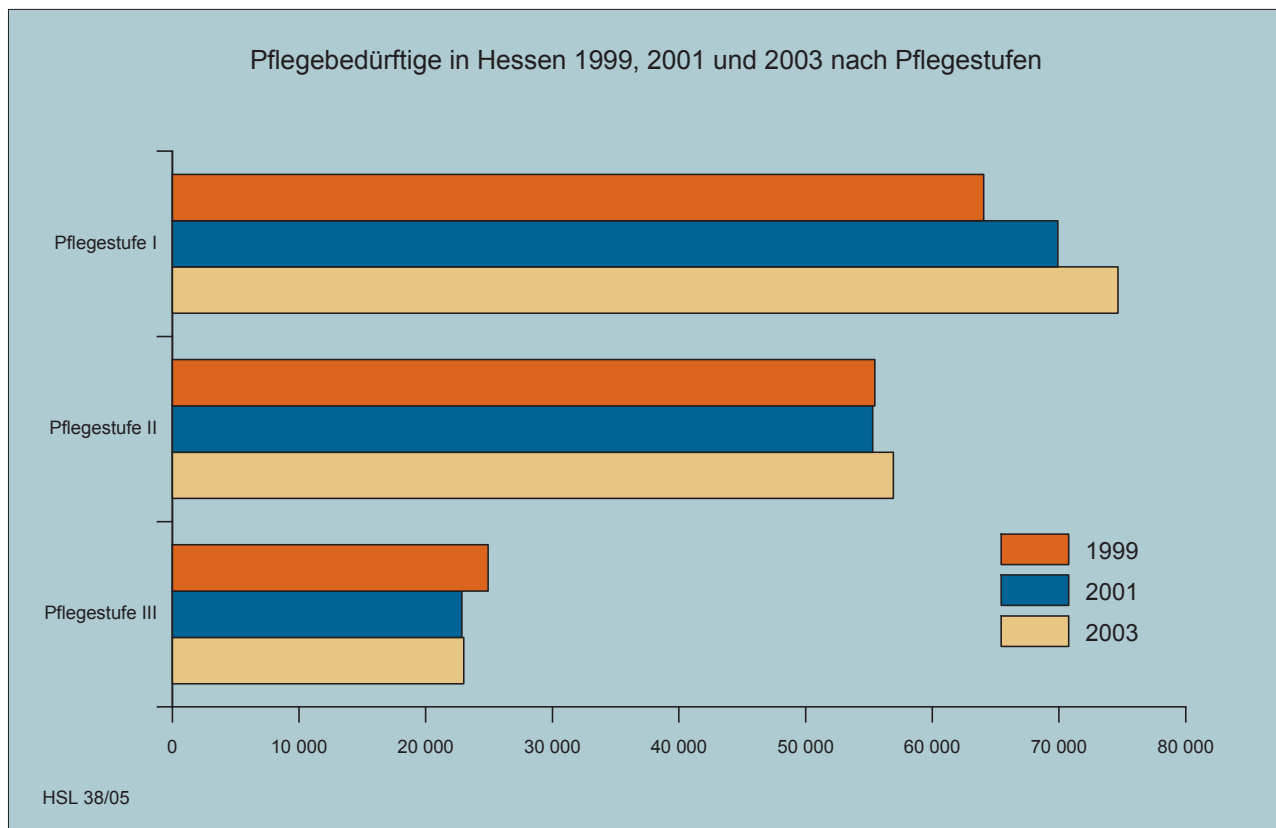
Art der Angabe	1999			2001		2003			
	Anzahl	%	Frauenanteil in %	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme ¹⁾ (-) in %	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme ²⁾ (-) in %	Frauenanteil in %
I n s g e s a m t	145 445	100	68,2	148 805	2,3	155 002	100	4,2	67,3
davon									
in Heimen versorgt	37 425	25,7	78,6	39 053	4,4	40 117	25,9	2,7	77,6
zu Hause versorgt	108 020	74,3	64,6	109 752	1,6	114 885	74,1	4,7	63,7
davon									
Pflegedienste	29 506	20,3	70,1	30 086	2,0	30 712	19,8	2,1	69,1
ausschließlich Angehörige	78 514	54,0	62,5	79 666	1,5	84 173	54,3	5,7	61,8
nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung	11 414	7,8	67,5	13 939	22,1	14 801	9,5	6,2	66,3
Nach Pflegestufen									
Pflegestufe I	64 051	44,0	68,9	69 906	9,1	74 655	48,2	6,8	68,0
davon									
in Heimen versorgt	10 541	16,5	76,9	12 064	14,4	12 899	17,3	6,9	76,7
zu Hause versorgt	53 510	83,5	67,4	57 842	8,1	61 756	82,7	6,8	66,2
davon									
Pflegedienste	12 185	19,0	75,2	13 233	8,6	13 860	18,6	4,7	73,6
ausschließlich Angehörige	41 325	64,5	65,0	44 609	7,9	47 896	64,2	7,4	64,1
nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung	3 695	5,8	75,8	5 172	40,0	5 648	7,6	9,2	72,7
Pflegestufe II	55 458	38,1	67,2	55 292	- 0,3	56 931	36,7	3,0	66,5
davon									
in Heimen versorgt	15 249	27,5	79,5	16 555	8,6	17 316	30,4	4,6	78,2
zu Hause versorgt	40 209	72,5	62,5	38 737	- 3,7	39 615	69,6	2,3	61,3
davon									
Pflegedienste	11 662	21,0	68,8	11 614	- 0,4	11 608	20,4	- 0,1	67,0
ausschließlich Angehörige	28 547	51,5	59,9	27 123	- 5,0	28 007	49,2	3,3	59,0
nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung	4 902	8,8	66,3	5 751	17,3	6 076	10,7	5,7	63,9
Pflegestufe III	24 929	17,1	68,7	22 856	- 8,3	23 007	14,8	0,7	67,1
davon									
in Heimen versorgt	10 628	42,6	79,9	9 683	- 8,9	9 493	41,3	- 2,0	78,1
zu Hause versorgt	14 301	57,4	60,3	13 173	- 7,9	13 514	58,7	2,6	59,4
davon									
Pflegedienste	5 659	22,7	62,0	5 239	- 7,4	5 244	22,8	0,1	61,6
ausschließlich Angehörige	8 642	34,7	59,2	7 934	- 8,2	8 270	35,9	4,2	57,9
nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung	2 817	11,3	58,8	3 016	7,1	3 077	13,4	2,0	59,2
darunter Härtefälle	387	0,3	55,6	397	2,6	457	0,3	15,1	54,5
davon									
in Heimen versorgt	257	66,4	55,6	277	7,8	301	65,9	8,7	58,5
zu Hause versorgt	130	33,6	55,4	120	- 7,7	156	34,1	30,0	46,8
nachrichtlich: Kombination von Geld- und Sachleistung	27	7,0	48,1	36	—	35	7,7	—	34,3
Noch keiner Pflegestufe zugeordnet	1 007	0,7	70,6	751	- 25,4	409	0,3	- 45,5	68,7

1) Gegenüber 1999. — 2) Gegenüber 2001.

sich die Pflegequote, d. h. die Zahl der Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner, erhöht. Errechnete sich für die Jahre 1999 und 2001 noch eine Pflegequote von 24 Pflegebedürftigen je 1000 Einwohnern, so waren es 2003 dann 25 Pflegebedürftige je 1000 Einwohner. Die Pflegebedürftigen sind in den vergangenen vier Jahren zudem jünger geworden. War damals die Altersgruppe der 85- bis unter 90-Jährigen am stärksten besetzt – gleichzeitig waren knapp 38 % der Pflegebedürftigen 85 Jahre oder älter, so wurden Ende 2003 in der Altersgruppe der 80- bis unter 85-Jährigen die meisten Personen gezählt; älter als 85 Jahre waren jetzt nur noch 32 %.

Grad der Pflegebedürftigkeit hat abgenommen

Die Mehrheit der Neuzugänge wurde im Verlauf der Jahre 1999 bis 2003 der Pflegestufe I zugeordnet. Eine Zuordnung zu den Stufen II und III war zunehmend seltener erfolgt. Der Vergleich der Ergebnisse von 2003 mit denen von 1999 zeigt zudem, dass der Zuwachs in der Pflegestufe I fast um 1000 Personen höher ausgefallen ist als der Gesamtzuwachs. Die Zahl der Pflegebedürftigen liegt in der Stufe II nach einem Rückgang von 1999 auf 2001 Ende 2003 wieder über dem Ausgangsniveau. Für die Stufe III war ein Rückgang von knapp 2000 Personen zu beobachten. Die Betrachtung der re-



lativen Verteilungen in den drei Berichtsjahren zeigt für Stufe I einen kontinuierlichen Zuwachs und für die Stufen II und III einen stetigen Verlust. Verschiebungen zeigen sich auch mit Blick auf den professionellen Pflegeeinsatz. Überraschenderweise wurden in Stufe I und II 2003 stationäre Pflegeeinrichtungen stärker in Anspruch genommen als 1999. Die Rückgänge in der Pflegestufe III führten auch zu einer Reduzierung der stationären Unterbringung. Die Bedeutung der häuslichen Pflege blieb über die Jahre in Pflegestufe I nahezu gleich, nimmt in Stufe II ab und in Stufe III zu. Außerdem hat sich der Umfang der durch Angehörige und Pflegedienste gemeinsam gepflegten Personen gegenüber 1999 ausgeweitet. Dafür spricht die durchgängig erweiterte Inanspruchnahme kombinierter Geld- und Sachleistungen, die für die Stufe I am stärksten ausfällt, mit dem Grad der Pflegebedürftigkeit dann allerdings wieder abnimmt.

Weniger Pflegebedürftige in den kreisfreien Städten

Gut 20 % der Pflegebedürftigen lebt in den kreisfreien Städten. Nach Ausschaltung von Unterschieden im Bevölkerungsaufbau durch die Standardisierung¹⁾ der Zahl der Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner zeigt sich, dass es hier im Durchschnitt 5 Pflegebedürftige je 1000 Einwohner weniger gibt als in den Landkreisen. Gleich-

1) Für die Standardisierung werden die für Männer und Frauen und die einzelnen Altersgruppen berechneten Quoten der Pflegebedürftigen in den Verwaltungsbezirken auf die Bevölkerung Hessens am 31.12.2003 bezogen.

zeitig ist auch der Grad der Pflegebedürftigkeit in den kreisfreien Städten tendenziell niedriger. Im mittel- und nordhessischen Raum ist ein höherer Pflegebedarf zu erkennen als in Südhessen, der mit dem dort eher durch körperliche Arbeit geprägten Leben und den damit zusammenhängenden höheren körperlichen Belastungen in der Vergangenheit korrespondiert. Obwohl die verfügbaren Plätze zur vollstationären Pflege die Pflegequoten in den Verwaltungsbezirken verzerren – ein über dem Durchschnitt liegendes Angebot erhöht in gewissem Umfang die Pflegequoten, so scheint doch im größeren regionalen Zusammenhang der Regierungsbezirke die Verteilung der Nachfrage angemessen: In Mittel- und Nordhessen ist das Angebot höher als in Südhessen. Einen auch statistisch nachweisbaren Einfluss haben die stationären Pflegeeinrichtungen auf den Umfang der häuslichen Pflege. Dieser ist in Verwaltungsbezirken mit überdurchschnittlich vielen vollstationären Pflegeplätzen merklich niedriger als im Landesdurchschnitt.

Konzentrationsprozess bei ambulanten Pflegediensten

Am Jahresende 2003 haben 787 ambulante Pflegedienste mit 13 803 Beschäftigten 30 712 Pflegebedürftige betreut. Das sind knapp 9 % weniger Pflegedienste als 1999. Ein Zuwachs bei den Pflegebedürftigen um gut 4 % hatte eine entsprechende Aufstockung bei den Beschäftigten zur Folge. Die Konzentration hat dazu ge-

Pflegebedürftige am Jahresende 2003 nach Verwaltungsbezirken und Art der Pflege

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Pflegebedürftige				davon										Messzahl verfügbarer Plätze zur vollstationären Pflege auf 1000 Einw. ab 65 Jahren ³⁾
	insgesamt	Anteil	auf 1000 Einwohner ¹⁾	standardisierte Pflegebedürftige auf 1000 Einw. ²⁾	stationäre Pflege	häusliche Pflege		und zwar							
								Pflegedienste		ausschl. Angehörige		Kombination von Geld- und Sachleistung			
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Darmstadt, Wissenschaftsst.	3 174	2,0	23	20	1 146	2 028	63,9	758	23,9	1 270	40,0	290	9,1	130,0	
Frankfurt am Main, St.	14 255	9,2	22	22	3 653	10 602	74,4	3 542	24,8	7 060	49,5	1 206	8,5	91,9	
Offenbach am Main, St.	2 430	1,6	20	22	567	1 863	76,7	503	20,7	1 360	56,0	204	8,4	65,8	
Wiesbaden, Landeshauptst.	5 940	3,8	22	20	2 096	3 844	64,7	1 213	20,4	2 631	44,3	536	9,0	113,5	
Bergstraße	7 099	4,6	27	28	1 921	5 178	72,9	1 491	21,0	3 687	51,9	630	8,9	116,1	
Darmstadt-Dieburg	5 173	3,3	18	21	1 176	3 997	77,3	1 084	21,0	2 913	56,3	500	9,7	69,1	
Groß-Gerau	4 644	3,0	18	21	1 215	3 429	73,8	792	17,1	2 637	56,8	518	11,2	79,4	
Hochtaunuskreis	5 782	3,7	25	23	1 936	3 846	66,5	1 221	21,1	2 625	45,4	559	9,7	126,4	
Main-Kinzig-Kreis	9 731	6,3	24	25	2 358	7 373	75,8	1 848	19,0	5 525	56,8	833	8,6	85,3	
Main-Taunus-Kreis	4 694	3,0	21	23	1 010	3 684	78,5	1 243	26,5	2 441	52,0	520	11,1	66,3	
Odenwaldkreis	2 781	1,8	28	27	987	1 794	64,5	443	15,9	1 351	48,6	221	7,9	146,5	
Offenbach	6 121	3,9	18	21	1 297	4 824	78,8	1 125	18,4	3 699	60,4	609	9,9	58,8	
Rheingau-Taunus-Kreis	3 796	2,4	20	22	1 036	2 760	72,7	799	21,0	1 961	51,7	469	12,4	91,2	
Wetteraukreis	7 849	5,1	26	27	2 216	5 633	71,8	1 133	14,4	4 500	57,3	672	8,6	115,7	
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	83 469	53,9	22	23	22 614	60 855	72,9	17 195	20,6	43 660	52,3	7 767	9,3	94,1	
Gießen	6 678	4,3	26	27	1 424	5 254	78,7	1 563	23,4	3 691	55,3	742	11,1	91,9	
Lahn-Dill-Kreis	8 037	5,2	31	30	2 071	5 966	74,2	1 426	17,7	4 540	56,5	975	12,1	118,0	
Limburg-Weilburg	4 871	3,1	28	28	1 136	3 735	76,7	942	19,3	2 793	57,3	467	9,6	103,8	
Marburg-Biedenkopf	7 244	4,7	29	31	1 840	5 404	74,6	1 627	22,5	3 777	52,1	690	9,5	116,8	
Vogelsbergkreis	3 513	2,3	30	27	893	2 620	74,6	595	16,9	2 025	57,6	374	10,6	106,4	
Reg.-Bez. G i e ß e n	30 343	19,6	28	29	7 364	22 979	75,7	6 153	20,3	16 826	55,5	3 248	10,7	108,0	
Kassel, documenta-St.	6 300	4,1	32	27	1 628	4 672	74,2	1 321	21,0	3 351	53,2	652	10,3	108,4	
Fulda	5 851	3,8	27	26	1 392	4 459	76,2	809	13,8	3 650	62,4	441	7,5	97,0	
Hersfeld-Rotenburg	4 799	3,1	37	32	888	3 911	81,5	839	17,5	3 072	64,0	385	8,0	82,9	
Kassel	7 838	5,1	32	31	2 147	5 691	72,6	1 403	17,9	4 288	54,7	682	8,7	118,0	
Schwalm-Eder-Kreis	6 308	4,1	33	32	1 439	4 869	77,2	1 178	18,7	3 691	58,5	622	9,9	102,3	
Waldeck-Frankenberg	5 445	3,5	32	29	1 539	3 906	71,7	908	16,7	2 998	55,1	537	9,9	124,9	
Werra-Meißner-Kreis	4 649	3,0	42	35	1 106	3 543	76,2	906	19,5	2 637	56,7	467	10,0	133,3	
Reg.-Bez. K a s s e l	41 190	26,6	33	30	10 139	31 051	75,4	7 364	17,9	23 687	57,5	3 786	9,2	109,4	
Land H e s s e n	155 002	100	25	25	40 117	114 885	74,1	30 712	19,8	84 173	54,3	14 801	9,5	100	
darunter															
kreisfreie Städte	32 099	20,7	23	22	9 090	23 009	71,7	7 337	22,9	15 672	48,8	2 888	9,0	100,8	
Landkreise	122 903	79,3	26	27	31 027	91 876	74,8	23 375	19,0	68 501	55,7	11 913	9,7	99,8	

1) Bezogen auf die Einwohner am 31.12.2003 der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. — 2) Zur Ermittlung werden die für die einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen errechneten Pflegequoten in den Verwaltungsbezirken auf die Bevölkerung Hessens am 31.12.2003 bezogen. — 3) Basis der Messzahl ist die Zahl (41) der in Pflegeheimen verfügbaren vollstationären Pflegeplätze je 1000 Einwohner ab 65 Jahren für Hessen am 31.12.2003.

Ambulante Pflegedienste am 15.12. nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angabe	1999		2001		2003		
	Anzahl	%	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme ¹⁾ (-) in %	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme ²⁾ (-) in %
Alle Träger							
Einrichtungen	860	100	808	- 6,0	787	100	- 2,6
Beschäftigte	12 833	100	12 891	0,5	13 803	100	7,1
Beschäftigte je Pflegedienst	14,9	—	16,0	—	17,5	—	—
Vollzeitäquivalente	7 914	100	7 860	- 0,7	8 097	100	3,0
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	61,7	—	61,0	—	58,7	—	—
Pflegebedürftige	29 506	100	30 086	2,0	30 712	100	2,1
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	3,7	—	3,8	—	3,8	—	—
davon							
freigemeinnützige Träger							
Einrichtungen	341	39,7	312	- 8,5	281	35,7	- 9,9
Beschäftigte	7 279	56,7	7 103	- 2,4	6 888	49,9	- 3,0
Beschäftigte je Pflegedienst	21,3	—	22,8	—	24,5	—	—
Vollzeitäquivalente	4 361	55,1	4 136	- 5,2	3 907	48,2	- 5,6
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	59,9	—	58,2	—	56,7	—	—
Pflegebedürftige	17 444	59,1	16 710	- 4,2	15 415	50,2	- 7,7
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	4,0	—	4,0	—	3,9	—	—
private Träger							
Einrichtungen	461	53,6	435	- 5,6	451	57,3	3,7
Beschäftigte	4 671	36,4	4 830	3,4	6 068	44,0	25,6
Beschäftigte je Pflegedienst	10,1	—	11,1	—	13,5	—	—
Vollzeitäquivalente	2 997	37,9	3 124	4,2	3 666	45,3	17,4
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	64,2	—	64,7	—	60,4	—	—
Pflegebedürftige	9 987	33,8	10 969	9,8	13 008	42,4	18,6
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	3,3	—	3,5	—	3,5	—	—
öffentliche Träger							
Einrichtungen	58	6,7	61	5,2	55	7,0	- 9,8
Beschäftigte	883	6,9	958	8,5	847	6,1	- 11,6
Beschäftigte je Pflegedienst	15,2	—	15,7	—	15,4	—	—
Vollzeitäquivalente	556	7,0	599	7,8	524	6,5	- 12,5
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	62,9	—	62,6	—	61,9	—	—
Pflegebedürftige	2 075	7,0	2 407	16,0	2 289	7,5	- 4,9
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	3,7	—	4,0	—	4,4	—	—

1) Gegenüber 1999. — 2) Gegenüber 2001.

führt, dass am Jahresende 2003 ein Pflegedienst knapp 18 Beschäftigte hat, gegenüber 15 vier Jahre zuvor. Zur besseren Vergleichbarkeit des Umfangs der Pflegeleistungen werden so genannte Vollzeitäquivalente (FTE = Full Time Equivalents) nachgewiesen. Sie geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an; ein Vollzeitäquivalent entspricht einem Vollbeschäftigten. Dazu werden den Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden je nach Beschäftigungsumfang Bruchteile eines Vollbeschäftigten zugerechnet²⁾. Werden die Pflegebedürftigen dann auf Vollzeitäquivalente bezogen – für Ende 2003 errechnet sich ein Quotient von 3,8, dann ist die Zahl der Pflegebedürftigen je Vollzeitäquivalent um 0,1 gestiegen. Vom Standpunkt der Pflegebedürftigen aus betrachtet ist der Umfang der Betreuung minimal zurückgegangen.

2) Teilzeitbeschäftigte werden entsprechend ihres jeweiligen Beschäftigungsumfangs auf folgende Vollzeitäquivalente (FTE = Full Time Equivalents) umgerechnet: Teilzeitbeschäftigte über 50 % erhalten 0,75 FTE, Teilzeitbeschäftigte mit 50 % oder weniger, aber nicht geringfügig beschäftigt 0,375 FTE, teilzeit- und geringfügig Beschäftigte 0,125 FTE; darüber hinaus werden Auszubildenden 0,143 FTE zugerechnet.

Wenn man aber berücksichtigt, dass die kombinierte Pflege durch Angehörige und Pflegedienste seit 1999 ausgeweitet wurde, dann ist die Versorgung der Pflegebedürftigen im Beobachtungszeitraum nicht schlechter geworden. Den Anforderungen an die ambulanten Pflegedienste, zeitlich und räumlich flexibel verfügbar zu sein, sind diese offensichtlich durch eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung nachgekommen. Per Saldo wurden dabei auch Stellen für Vollzeitbeschäftigte abgebaut und durch Teilzeitbeschäftigte ersetzt. Die Veränderung hin zu mehr Teilzeitstellen hatte zur Folge, dass 2003 knapp 59 Vollzeitäquivalente durch 100 Beschäftigte gebildet wurden, 3 Vollzeitäquivalente weniger als vor vier Jahren.

Gut die Hälfte der Pflegebedürftigen werden von 281 ambulanten Pflegediensten der freigemeinnützigen Träger betreut, deren bedeutendste Anbieter das Diakonische Werk und die Caritas sind. Ihr Vorsprung vor den 451 Pflegediensten in privater Trägerschaft ist – gemessen am Anteil der betreuten Personen – gegenüber 1999 von gut 25 auf knapp 8 Prozentpunkte abge-

Stationäre Pflegeheime am 15.12. nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angabe	1999		2001		2003		
	Anzahl	%	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme ¹⁾ (-) in %	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme ²⁾ (-) in %
Alle Träger							
Einrichtungen	614	100	620	1,0	639	100	3,1
Beschäftigte	30 357	100	32 419	6,8	33 420	100	3,1
Beschäftigte je Einrichtung	49,4	—	52,3	—	52,3	—	—
Vollzeitäquivalente	22 945	100	24 010	4,6	24 032	100	0,1
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	75,6	—	74,1	—	71,9	—	—
Pflegebedürftige	37 425	100	39 053	4,4	40 117	100	2,7
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	1,6	—	1,6	—	1,7	—	—
verfügbare Plätze in der vollstationären Dauerpflege	40 656	100	42 085	3,5	43 338	100	3,0
Pflegebedürftige in vollstationärer Dauerpflege	36 153	100	37 709	4,3	38 432	100	1,9
Auslastungsgrad	88,9	—	89,6	—	88,7	—	—
davon							
freigemeinnützige Träger							
Einrichtungen	304	49,5	309	1,6	312	48,8	1,0
Beschäftigte	17 733	58,4	19 014	7,2	18 377	55,0	- 3,4
Beschäftigte je Einrichtung	58,3	—	61,5	—	58,9	—	—
Vollzeitäquivalente	13 284	57,9	13 913	4,7	13 153	54,7	- 5,5
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	74,9	—	73,2	—	71,6	—	—
Pflegebedürftige	21 354	57,1	22 293	4,4	21 993	54,8	- 1,3
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	1,6	—	1,6	—	1,7	—	—
verfügbare Plätze in der vollstationären Dauerpflege	22 958	61,3	23 685	3,2	23 188	57,8	- 2,1
Pflegebedürftige in vollstationärer Dauerpflege	20 626	55,1	21 517	4,3	20 909	52,1	- 2,8
Auslastungsgrad	89,8	—	90,8	—	90,2	—	—
private Träger							
Einrichtungen	262	42,7	266	1,5	282	44,1	6,0
Beschäftigte	9 456	31,1	10 299	8,9	12 040	36,0	16,9
Beschäftigte je Einrichtung	36,1	—	38,7	—	42,7	—	—
Vollzeitäquivalente	7 246	31,6	7 748	6,9	8 654	36,0	11,7
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	76,6	—	75,2	—	71,9	—	—
Pflegebedürftige	12 485	33,4	13 279	6,4	14 708	36,7	10,8
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	1,7	—	1,7	—	1,7	—	—
verfügbare Plätze in der vollstationären Dauerpflege	13 794	36,9	14 597	5,8	16 501	41,1	13,0
Pflegebedürftige in vollstationärer Dauerpflege	12 104	32,3	12 836	6,0	14 276	35,6	11,2
Auslastungsgrad	87,7	—	87,9	—	86,5	—	—
öffentliche Träger							
Einrichtungen	48	7,8	45	- 6,3	45	7,0	0,0
Beschäftigte	3 168	10,4	3 106	- 2,0	3 003	9,0	- 3,3
Beschäftigte je Einrichtung	66,0	—	69,0	—	66,7	—	—
Vollzeitäquivalente	2 415	10,5	2 350	- 2,7	2 226	9,3	- 5,3
Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte	76,2	—	75,7	—	74,1	—	—
Pflegebedürftige	3 586	9,6	3 481	- 2,9	3 416	8,5	- 1,9
Pflegebedürftige je Vollzeitäquivalent	1,5	—	1,5	—	1,5	—	—
verfügbare Plätze in der vollstationären Dauerpflege	3 904	10,4	3 803	- 2,6	3 649	9,1	- 4,0
Pflegebedürftige in vollstationärer Dauerpflege	3 423	9,1	3 356	- 2,0	3 247	8,1	- 3,2
Auslastungsgrad	87,7	—	88,2	—	89,0	—	—

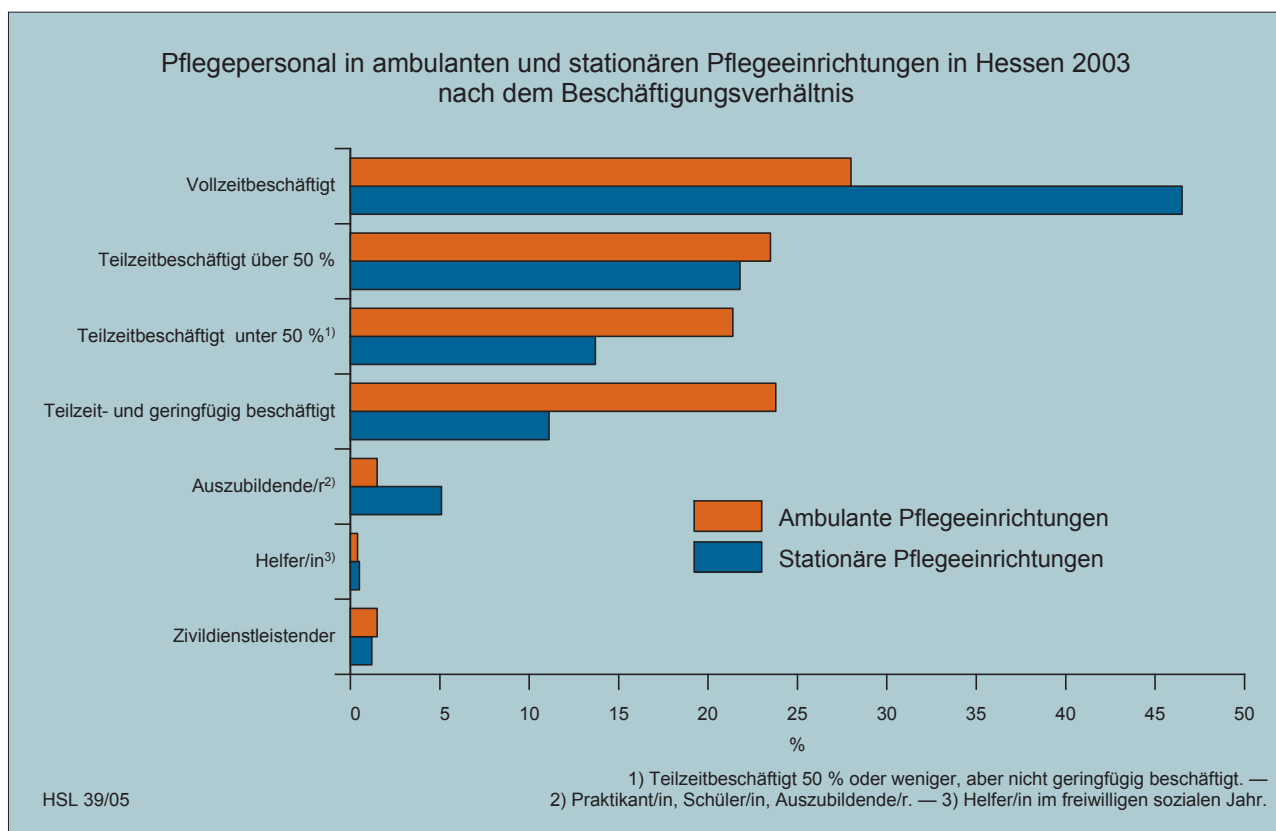
1) Gegenüber 1999. — 2) Gegenüber 2001.

schmolzen. Die Betreuung der restlichen 8 % der Pflegebedürftigen verbleibt nach wie vor den 55 Pflegediensten der öffentlichen Träger. Deren relativer Zuwachs ist unter einem Prozentpunkt geblieben. Der Konzentrationsprozess hat also im Wesentlichen private und freigemeinnützige Träger betroffen. Der Einsatz von Teilzeitkräften ist bei den freigemeinnützigen Trägern stärker als bei den anderen Trägern, bei der Pflegeintensität – gemessen an der Zahl der Pflegebedürftigen je Vollzeitäquivalent – liegen sie in der Mitte zwischen privaten und öffentlichen Trägern.

Stationäre Pflegeheime zu fast 90 % durch Dauerpflege ausgelastet

Am Jahresende 2003 haben in 639 stationären Pflegeheimen 33 420 Beschäftigte 40 117 Pflegebedürftige betreut. Einem Zuwachs von gut 7 % bei den Pflegebedürftigen seit 1999 stand eine Personalaufstockung um 10 % gegenüber, die – wie im ambulanten Bereich – auch hier mit einer Verringerung der Vollzeitkräfte einherging. Auf Vollzeitäquivalente bezogen wurde das Personal um knapp 5 % ausgeweitet. Die 43 340 verfügbaren Plätze der vollstationären Dauerpflege – fast 7 % mehr als vor vier Jahren – waren wie damals zu knapp 90 % durch dauerhaft Pflegebedürftige ausgelastet. Wie in der ambulanten Pflege ist die Zahl der Pflegebedürftigen je Vollzeitäquivalent nahezu gleich geblieben und mehr als doppelt so personalintensiv wie dort.

Im Gegensatz zu den ambulanten Pflegediensten haben die stationären Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft nur wenig an Bedeutung verloren. Hier werden immer noch mehr als die Hälfte aller vollstationär gepflegten Einwohner versorgt. Um den Anforderungen gewachsen zu bleiben, wurden in diesen Heimen die Pflegeleistungen mit Hilfe von Teilzeitkräften so umstrukturiert, dass bei gestiegener Zahl von Pflegebedürftigen in vollstationärer Dauerpflege – auf Vollzeitäquivalente bezogen – weniger Personal eingesetzt wurde. Stärker noch als von freigemeinnützigen Trägern wurden als Reaktion auf den wachsenden Bedarf Heime von privaten Trägern errichtet. Gemessen an der Bettenzahl hat sich ihr Anteil an der vollstationären Versorgung in den vergangenen vier Jahren von 36,9 auf 41,1 % erhöht. Um für zukünftige Anforderungen gerüstet zu sein, wurde neben dem Angebot an verfügbaren Plätzen in der vollstationären Dauerpflege auch das Personal ausgeweitet, auf Vollzeitäquivalente bezogen gegenüber 1999 um fast ein Fünftel. Das hatte einen weiterhin unterdurchschnittlichen Auslastungsgrad dieser stationären Einrichtungen zur Folge, mithin stehen hier Ressourcen für die Zukunft zur Verfügung. Rückläufig ist das Engagement der öffentlichen Träger. Drei Heime wurden weniger gezählt und dementsprechend gab es weniger Pflegebedürftige, Beschäftigte und verfügbare Betten zur Dauerpflege. Die Beschäftigung ist hier weniger stark durch Teilzeitstellen geprägt als bei den anderen Trägern.



Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet

Wie oben schon ausgeführt, wurde der Umfang der Teilzeitbeschäftigung in den vergangenen vier Jahren stark ausgeweitet, in den stationären Pflegeeinrichtungen noch stärker als in der ambulanten Pflege. Dabei haben Teilzeitkräfte auch die Arbeiten vorher Vollbeschäftigter übernommen, denn die Zahl der Vollbeschäftigten ist in beiden Bereichen – wenn auch unterschiedlich stark – zurückgegangen. Die Arbeitszeit der meisten neu eingestellten Teilzeitbeschäftigten hatte einen Umfang von 50 % oder mehr der Zeit eines Vollbeschäftigten. In ambulanten Pflegeeinrichtungen liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigten mittlerweile bei über zwei Dritteln. Sie verteilen sich nahezu gleich stark auf die drei nachgewiesenen Teilzeitkategorien. In stationären Pflegeheimen hat die Teilzeitbeschäftigung noch geringere Bedeutung, insbesondere gab es relativ betrachtet merklich weniger Personal, das unter 50 % der Zeit eines Vollbeschäftigten tätig war. Mit jeweils 47 % lagen Voll- und Teilzeitbeschäftigte nahezu gleich auf und jede zwanzigste Pflegekraft stand in Ausbildung. Die Bedeutung ambulanter Pflegedienste als Ausbilder war vergleichsweise gering. Der Einsatz von Zivildienstleistenden ist um fast 40 % zurückgegangen, in ambulanten Diensten erheblich stärker als in stationären Einrichtungen.

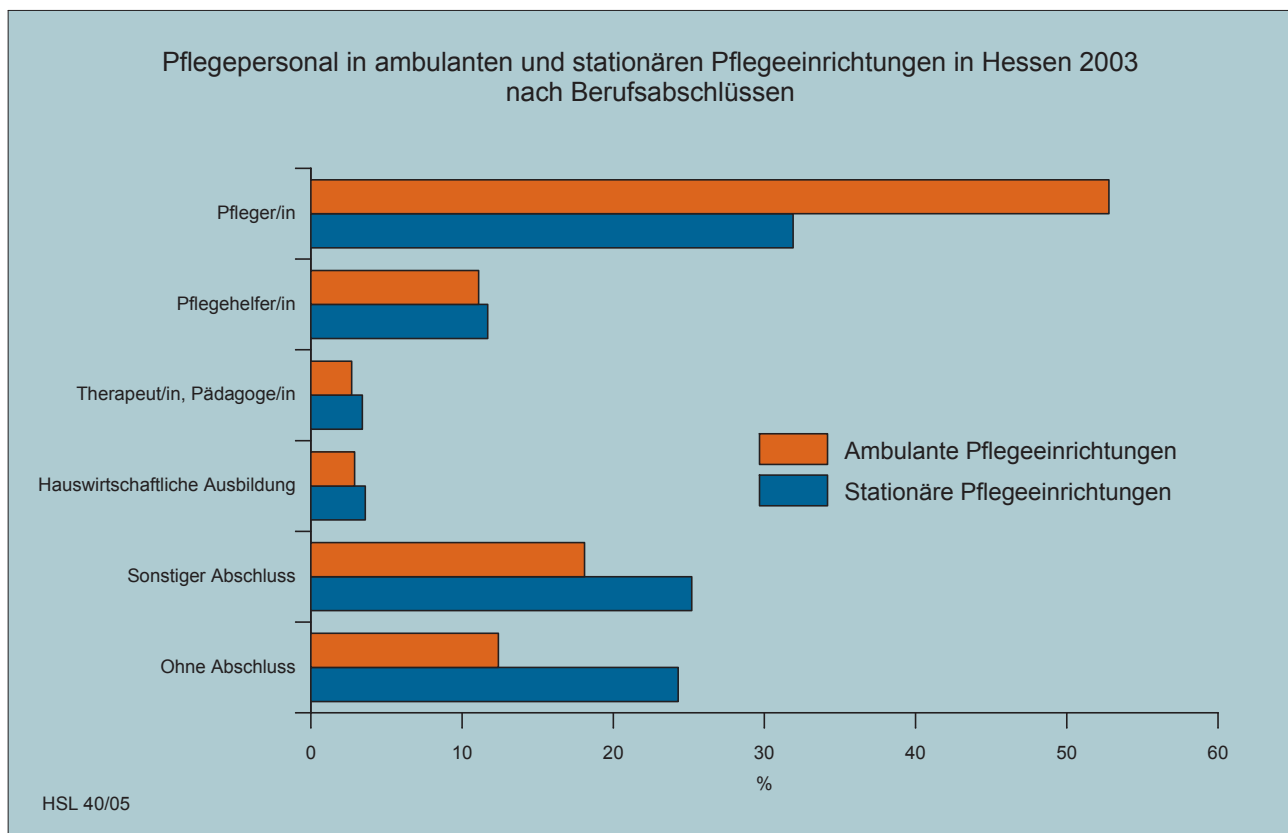
Der professionelle Pflegebereich ist offensichtlich eine Domäne der Frauen. Sie stellten knapp 85 % der Beschäftigten, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es sogar teilweise mehr als 90 %.

Trend zur professionellen Pflegekraft

Das neu eingestellte Personal verfügte mehrheitlich über eine pflegespezifische Ausbildung. Bewerber ohne jeden Abschluss fanden seltener eine Beschäftigung bzw. wurden von Bewerbern mit einem – wenn auch berufsfremden Abschluss – verdrängt. Diesem Personal war verstärkt eine Teilzeitbeschäftigung angeboten worden. Im ambulanten Bereich stellen Beschäftigte mit einem Berufsabschluss als Pflegerin oder Pfleger mehr als die Hälfte des Personals, knapp ein Drittel sind es im stationären Bereich. Hier hat allerdings knapp die Hälfte der Pflegekräfte keinen pflegerischen Berufsabschluss, im ambulanten Bereich sind es nur gut 30 %. Auch wenn an den Kopffzahlen gemessen die Verschiebungen hin zu mehr „Pflegeprofis“ gering erscheinen mag, so hat die Bedeutung der „ungelernten“ Kräfte dennoch stärker abgenommen, als auf den ersten Blick erkennbar. Mit ihnen waren nämlich verstärkt Teilzeitverträge abgeschlossen worden, sodass sich insgesamt der Trend hin zu mehr professionellen Pflegekräften verstärkt hat.

Geschätzte Aufwendungen bei 1,4 Mrd. Euro

Obwohl in der Pflegestatistik kein Merkmal vorgesehen ist, das direkt Auskunft über die pflegebedingt erforderlichen Aufwendungen gibt, können auf Grund der erhobenen Daten dennoch Schätzwerte für die Pflegeausgaben sowie für die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen je Pflegebedürftigen errechnet werden. Für



eine Abschätzung der zukünftigen Entwicklung der Aufwendungen sind vor allem Aufgliederungen nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und nach der Art der Pflegeleistung – stationärer oder häuslicher Pflege – erforderlich. Die Grundlage für eine Abschätzung der Kosten der stationären Pflege bilden die übermittelten Pflegesätze der Einrichtungen für die einzelnen Pflegestufen und Pflegearten, wie die vollstationäre Dauerpflege, die Kurzzeitpflege sowie die Tages- oder Nachtpflege. Eine Verknüpfung dieser Daten mit den Daten über die Pflegebedürftigen ist dann erfolgreich, wenn der Pflegebedürftige vom medizinischen Dienst zum Zeitpunkt der Erhebung bereits eingestuft ist. Bei fehlender Einstufung wird entsprechend der Pflegeart der Pflegesatz der jeweils höchsten Pflegestufe in der Einrichtung übernommen. Im ambulanten Bereich werden für jeden Pflegebedürftigen die gegenwärtig geltenden Höchstsätze³⁾ in den Pflegestufen zum Ansatz gebracht. Der auf diesem Weg errechnete Wert beschreibt eine Obergrenze der Gesamtaufwendungen, die im Jahr 2003 mit 1,4 Mrd. Euro um etwa 13,5 % über den Spitzabrechnungen der Pflegekassen lagen⁴⁾. Wird der Abschlag von 13,5 % linear für alle berechneten Aggregate zum Ansatz gebracht, dann ergibt sich für die einzelnen Aufwendungen folgendes Bild: Für jeden Pflegebedürftigen wurden im Durchschnitt 666 Euro je Monat aufgewendet. Die Aufwendungen für häusliche Pflege erreichten knapp 60 % dieses Betrags, für stationäre Pflege wurde mehr als das Doppelte ausgegeben. Die Inanspruchnahme ambulanter Pflegedienste verursachte Kosten, die geringfügig höher als im Durchschnitt aller Pflegeleistungen und Pflegestufen lagen. Die niedrigsten Aufwendungen waren erforderlich, wenn die Pflege ausschließlich durch Angehörige erfolgte.

34 % mehr Pflegebedürftige bis 2020

Ausgehend von der Bevölkerungsvorausberechnung⁵⁾ für das Land Hessen bis zum Jahr 2050 wurde eine Vorausberechnung für die Pflegebedürftigen erstellt. Grundlage dafür waren die Pflegequoten in der Gliederung nach Geschlecht, ausgewählten Altersgruppen⁶⁾ und Pflegestufen des Jahres 2003. Für die Vorausberechnung wird weiter angenommen, dass Art

3) In der Pflegestufe I sind es gegenwärtig 201 Euro, in der Pflegestufe II 410 Euro und in der Pflegestufe III 665 Euro. Für Härtefälle kommen 1918 Euro zum Ansatz.

4) Gemessen am Bevölkerungsanteil Hessens am Bund wurden 7,33 % der Spitzabrechnung der Pflegekassen des Jahres 2003 in Höhe von 16,9 Mrd. Euro, d. h. 1238,8 Mill. Euro für den Vergleich herangezogen.

5) Siehe Aufsatz „Bevölkerungsentwicklung in Hessen bis 2050“ in „Staat und Wirtschaft in Hessen“, Heft 12/2004.

6) Die Altersgliederung ist wie folgt: unter 15, 15 bis unter 60, 60 bis unter 65, 65 bis unter 70, 70 bis unter 75, 75 bis unter 80, 80 bis unter 85, 85 bis unter 90, 90 bis unter 95 sowie 95 Jahre oder älter.

Pflegebedürftige und geschätzter Aufwand am Jahresende 2003 nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angabe	1999						2001						2003					
	Pflegebedürftige		geschätzter Aufwand		Pflegebedürftige		geschätzter Aufwand		Pflegebedürftige		geschätzter Aufwand		Pflegebedürftige		geschätzter Aufwand			
	Anzahl	1000 Euro	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	Anzahl	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	Anzahl	%	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	1000 Euro	%	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	1000 Euro	%	Zu- bzw. Abnahme (-) ¹⁾ in %	
Insgesamt	145 445	1 348 982	148 805	1,1	1 339 409	- 0,4	155 002	100	2,1	1 406 145	100	2,5	756	666				
davon nach Grad der Pflegebedürftigkeit																		
Pflegestufe I	64 051	315 773	69 906	4,5	340 582	3,9	74 655	48,2	3,3	370 752	26,4	4,3	414	365				
Pflegestufe II	55 458	573 508	55 292	- 0,1	584 185	0,9	56 931	36,7	1,5	617 266	43,9	2,8	904	796				
Pflegestufe III	24 929	439 814	22 856	- 4,2	400 204	- 4,6	23 007	14,8	0,3	409 824	29,1	1,2	1 484	1308				
darunter Härtefälle	387	11 128	397	1,3	11 438	1,4	457	0,3	7,3	14 132	1,0	11,2	2 577	2270				
keine Zuordnung	1 007	19 887	751	- 13,6	14 437	- 14,8	409	0,3	- 26,2	8 303	0,6	- 24,2	1 692	1490				
davon nach Art der Pflege																		
stationäre Pflege	37 425	754 869	39 053	2,2	752 850	- 0,1	40 117	25,9	1,4	801 350	57,0	3,2	1 665	1466				
davon																		
vollstationäre Dauerpflege	36 153	732 992	37 709	2,1	729 500	- 0,2	38 432	24,8	1,0	770 556	54,8	2,8	1 671	1472				
Kurzzeitpflege	636	12 471	703	5,1	13 358	3,5	752	0,5	3,4	14 963	1,1	5,8	1 658	1461				
teilstationäre Pflege	636	9 405	641	0,4	9 991	3,1	933	0,6	20,6	15 832	1,1	25,9	1 414	1246				
häusliche Pflege	108 020	594 113	109 752	0,8	586 559	- 0,6	114 885	74,1	2,3	604 794	43,0	1,5	439	386				
davon																		
Pflegesachleistung	29 506	283 039	30 086	1,0	280 062	- 0,5	30 712	19,8	1,0	283 181	20,1	0,6	768	677				
Geldleistung	78 514	311 074	79 666	0,7	306 497	- 0,7	84 173	54,3	2,8	321 613	22,9	2,4	318	281				

1) Durchschnittliche jährliche Zu- oder Abnahme. — 2) Werte in der Spalte „vor Anpassung“ um 13,5 % vermindert. Um diesen Prozentsatz überschreitet der geschätzte Aufwand die Spitzabrechnung des Jahres 2003.

Pflegebedürftige und geschätzter Aufwand 2005 bis 2050 auf der Basis 2003

Art der Angabe	2003		2005		2010		2020		2030		2040		2050	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorausrechnung auf der Basis der Verteilung auf Pflegestufen und der Art der Unterbringung am Jahresende 2003														
Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾	155 002	100	158 905	100	174 097	100	207 324	100	241 986	100	282 308	100	330 654	100
Pflegebedürftige je 1000 Einwohner	25	—	26	—	28	—	34	—	40	—	49	—	60	—
durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in % ²⁾	—	—	1,3	—	1,8	—	1,8	—	1,6	—	1,6	—	1,6	—
Pflegebedürftige nach Pflegestufen														
Stufe I	74 655	48,2	76 691	48,3	84 044	48,3	99 587	48,0	115 170	47,6	134 820	47,8	156 116	47,2
Stufe II	56 931	36,7	58 327	36,7	64 106	36,8	77 036	37,2	90 892	37,6	106 147	37,6	125 818	38,1
Stufe III	23 007	14,8	23 466	14,8	25 478	14,6	30 133	14,5	35 258	14,6	40 554	14,4	47 794	14,5
darunter Härtefälle	457	0,3	461	0,3	480	0,3	528	0,3	564	0,2	605	0,2	638	0,2
noch nicht zugeordnet	409	0,3	421	0,3	469	0,3	568	0,3	666	0,3	787	0,3	926	0,3
Pflegebedürftige nach Art der Pflege														
stationäre Pflege	40 117	25,9	41 127	25,9	45 059	25,9	53 659	25,9	62 630	25,9	73 066	25,9	85 578	25,9
häusliche Pflege	114 885	74,1	117 778	74,1	129 038	74,1	153 665	74,1	179 356	74,1	209 242	74,1	245 075	74,1
davon														
ambulante Pflegedienste	30 712	19,8	31 485	19,8	34 496	19,8	41 079	19,8	47 947	19,8	55 936	19,8	65 516	19,8
ausschl. Angehörige	84 173	54,3	86 292	54,3	94 543	54,3	112 586	54,3	131 409	54,3	153 306	54,3	179 560	54,3
Angepasster Aufwand in 1000 Euro	1 238 770	—	1 269 962	—	1 391 379	—	1 656 925	—	1 933 944	—	2 256 195	—	2 642 572	—
Einwohner im Alter von 30 bis unter 65 Jahren je Pflegebedürftigen														
Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in % ²⁾	20	—	19	—	18	—	15	—	15	—	11	—	9	—
Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in % ²⁾	—	—	- 1,9	—	- 1,8	—	- 1,8	—	- 1,8	—	- 2,5	—	- 2,5	—
Modellrechnung ³⁾ zur Anpassung des Anteils häuslicher Pflege an die sozio-demografische Entwicklung														
Pflegebedürftige insgesamt ¹⁾	155 002	100	158 905	100	174 097	100	207 324	100	241 986	100	282 308	100	330 654	100
davon nach Art der Pflege														
stationäre Pflege	40 117	25,9	41 127	25,9	45 059	25,9	57 357	27,7	75 014	31,0	99 781	35,3	132 261	40,0
häusliche Pflege	114 885	74,1	117 778	74,1	129 038	74,1	149 967	72,3	166 973	69,0	182 527	64,7	198 392	60,0
durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in %	—	—	1,3	—	1,8	—	1,5	—	1,1	—	0,9	—	0,8	—
davon														
ambulante Pflegedienste	30 712	19,8	31 485	19,8	34 496	19,8	44 764	21,6	60 284	24,9	82 546	29,2	112 004	33,9
ausschl. Angehörige	84 173	54,3	86 292	54,3	94 543	54,3	105 204	50,7	106 689	44,1	99 981	35,4	86 388	26,1
Aufwand in 1000 Euro	1 238 770	—	1 269 962	—	1 391 379	—	1 715 609	—	2 130 452	—	2 680 101	—	3 383 300	—
Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in % ²⁾	—	—	1,3	—	1,8	—	2,1	—	2,2	—	2,3	—	2,4	—
Aufwand je Pflegebedürftigen und Monat in Euro	666	—	666	—	666	—	690	—	734	—	791	—	853	—

1) Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen auf Grund der demografischen Veränderung bei Einstufung wie im Jahr 2003. — 2) Durchschnittliche Veränderung zwischen zwei Datenpunkten. — 3) Es wird angenommen, dass die sozio-demografischen Veränderungen in der Bevölkerung, d. h. insbesondere der Rückgang der Bevölkerung zwischen 30 bis unter 65 Jahren, bei gleichzeitigem Anwachsen der Pflegebedürftigen, eine Verringerung der häuslichen Pflege auf 60 % zur Folge haben wird.

und Umfang der Einstufung der Pflegebedürftigen in die Pflegeklassen für den gesamten Zeitraum ebenso konstant bleibt wie deren Aufteilung auf stationäre Pflegeeinrichtungen und häusliche Pflege im zuletzt verfügbaren Jahr. Auf Grund der Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung wächst die Zahl der Pflegebedürftigen von 2003 bis 2020 um 34 % auf 207 300. Etwa 3,4 % der Bevölkerung werden dann pflegebedürftig sein. Die durchschnittliche jährliche Zunahme liegt knapp unter 1,8 %. Bis zum Jahr 2050 wird sich ihre Zahl sogar mehr als verdoppeln, 6 % der Bevölkerung werden pflegebedürftig sein.

Um den gegenwärtigen Pflegestandard aufrecht zu erhalten, bedeutet dies für die professionelle Pflege eine kontinuierliche Ausweitung ihrer Angebote. Eingeschränkt auf den Zeitraum bis 2020 sind im stationären Bereich jedes Jahr 835 zusätzliche Pflegeplätze einzurichten, zur Pflege werden etwa 490 Vollzeitäquivalente zusätzlich benötigt. Bei unveränderter Beschäftigungsstruktur sind das in jedem Jahr 680 zusätzliche Beschäftigte. Um die Nachfrage zu bewältigen, werden ambulante Pflegedienste in jedem Jahr 286 zusätzliche Stellen schaffen müssen. In der Summe werden in jedem Jahr also knapp 1000 neue Stellen erforderlich sein.

Eine Säule dieser Modellrechnung ist der als gleichbleibend angenommene Anteil der ausschließlich von Angehörigen betreuten Pflegebedürftigen. Die Veränderungen der Familienstrukturen legen allerdings die Vermutung nahe, dass zukünftig verstärkt professionelle Einrichtungen die Pflege übernehmen müssen, und der Anteil der ausschließlich von Angehörigen versorgten Pflegebedürftigen zurückgehen wird. Eine Vorstellung über die Stärke der möglichen Veränderungen vermittelt die Entwicklung der Zahl der Einwohner im Alter von 30 bis unter 65 Jahren je Pflegebedürftigen bis 2050. Die Mitglieder dieser Gruppe umfassen die möglichen Pflegepersonen, bevor sie selbst in verstärktem Maß selbst pflegebedürftig werden. Der Quotient geht voraussichtlich von 20 Personen je Pflegebedürftigen 2003 auf 15 im Jahr 2020 zurück und wird bis 2050 bis auf 9 absinken. Unter der Annahme, dass der Anteil der in häuslicher Pflege versorgten Pflegebedürftigen als Folge dieser Entwicklung 2010 beginnend bis 2050 langsam auf 60 % absinkt und die Betreuung durch ambulante Pflegedienste auf ein Drittel steigt, wird sich die Belastung der Pflegekassen zusätzlich erhöhen. Eine Verdoppelung der Aufwendungen wird dann nicht erst zur Jahrhundertmitte, sondern schon mehr als 10 Jahre früher zu erwarten sein.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ²⁾		Einzelhandel ³⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁴⁾				
	Volumenindex des Auftragselngangs ⁵⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftragselngangs ⁶⁾ 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁷⁾ 2000 = 100	Verbraucherpreisindex ⁸⁾ 2000 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Offene Stellen ¹¹⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹²⁾
	Insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen¹³⁾												
2002 D	96,3	92,8	101,2	452 189	83,9	30 621	101,8	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2003 D	97,4	90,9	106,6	435 917	75,3	28 720	100,4	103,9	241 996	8,8	25 985	17 651
2004 März	117,0	109,2	128,2	428 751	64,1	26 600	101,8	105,2	243 058	8,9	22 681	10 740
1. Vj. D	103,9	96,2	115,0	429 600	50,0	26 523	93,6	104,9
April	101,2	92,3	113,8	427 772	82,9	26 291	101,5	105,4	253 860	9,2	24 498	11 829
Mal	95,3	85,7	109,0	426 504	78,4	26 334	94,8	105,6	246 697	9,0	23 635	11 264
Juni	106,5	98,4	118,0	426 602	95,7	26 349	96,7	105,5	243 058	8,9	22 681	10 740
2. Vj. D	101,0	92,1	113,6	426 959	85,7	26 325	97,6	105,5
Juli	98,2	89,5	110,6	427 054	89,9	26 508	97,5	105,7	255 629	9,3	23 243	9 259
August	88,8	85,5	93,4	428 131	66,6	26 554	90,3	105,8	253 719	9,3	21 600	6 736
September	101,5	94,3	111,7	428 314	83,1	26 582	96,3	105,5	244 596	8,9	21 429	6 723
3. Vj. D	96,2	89,9	105,2	427 833	79,9	26 548	94,7	105,7
Oktober	103,4	96,9	112,5	426 454	99,0	26 616	101,5	105,7	243 006	8,9	20 378	7 558
November	101,1	94,6	110,4	424 968	50,4	26 206	104,7	105,1	243 604	8,9	18 889	8 275
Dezember	92,5	82,2	107,3	422 410	59,6	25 508	118,6	106,2	251 578	9,2	19 193	8 482
4. Vj. D	99,0	91,2	110,1	424 611	69,6	26 110	108,2	105,7
2005 Januar	94,3	83,4	109,6	418 629	33,3	24 024	...	106,0	278 986	10,2	22 225	11 128
Februar	93,9	81,0	112,2	415 501	50,7	23 134	...	106,3	287 282	10,5	26 110	13 717
März	109,3	92,7	132,8	414 623	76,4	23 222	...	106,7	284 975	10,4	29 496	14 899
1. Vj. D	99,2	85,7	118,2	416 251	53,5	23 460	...	106,3
April	100,2	89,4	115,5	413 406	79,7	23 762	...	106,5	275 631	10,1	31 080	15 377
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %¹⁴⁾												
2002 D	- 1,5	- 4,0	2,1	- 3,1	- 12,3	- 7,8	1,4	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2003 D	1,1	- 2,0	5,3	- 3,6	- 10,2	- 6,2	- 1,4	0,9	13,3	.	- 17,2	15,4
2004 D	2,7	1,5	4,1	- 2,0	- 5,3	- 8,2	- 1,8	1,4	3,6	.	- 14,0	- 45,4
2004 März	16,9	15,8	18,3	- 2,3	- 23,7	- 7,3	0,9	1,3	4,0	.	- 15,2	- 23,2
1. Vj.	5,1	4,6	6,0	- 2,3	- 22,0	- 7,1	- 1,3	1,1
April	6,8	2,9	11,5	- 2,2	27,4	- 9,1	- 1,5	1,5	3,7	.	- 19,6	- 57,2
Mal	- 2,4	- 8,4	5,4	- 2,2	5,4	- 9,5	- 7,0	1,9	3,2	.	- 20,3	- 58,1
Juni	13,2	10,9	15,7	- 2,2	16,0	- 8,9	3,4	1,7	2,4	.	- 18,7	- 59,5
2. Vj.	5,8	1,5	10,8	- 2,2	15,8	- 9,2	- 1,8	1,7
Juli	- 2,7	- 9,0	5,7	- 1,9	8,1	- 8,8	- 2,0	1,6	2,8	.	- 10,4	- 54,0
August	4,3	8,0	- 0,1	- 1,7	- 15,1	- 8,8	- 0,9	1,6	3,1	.	- 16,0	- 58,9
September	0,8	0,9	0,6	- 1,6	- 12,1	- 8,0	- 2,3	1,4	2,5	.	- 8,4	- 63,7
3. Vj.	0,6	- 0,6	2,1	- 1,7	- 6,4	- 8,5	- 1,8	1,6
Oktober	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 1,8	34,2	- 7,5	- 4,6	1,6	2,6	.	- 7,5	- 29,5
November	1,5	1,8	1,3	- 1,9	- 32,3	- 8,2	0,1	1,4	2,3	.	- 7,7	- 20,3
Dezember	- 3,1	0,7	- 6,9	- 1,7	- 30,0	- 8,0	- 3,1	1,6	3,3	.	- 1,1	- 5,2
4. Vj.	- 0,5	0,7	- 1,8	- 1,8	- 10,4	- 7,9	- 2,6	1,5
2005 Januar	- 2,2	- 7,4	4,1	2,8	- 4,3	- 9,6	...	1,3	7,8	.	2,6	3,6
Februar	- 4,6	- 9,2	0,5	- 3,2	- 0,7	- 12,4	...	1,4	10,0	.	4,5	15,5
März	- 6,6	- 15,1	3,6	- 3,3	19,3	- 12,7	...	1,4	11,0	.	14,4	21,5
1. Vj.	- 4,5	- 10,9	2,8	- 3,1	7,0	- 11,5	...	1,3
April	- 1,0	- 3,1	1,5	- 3,4	- 3,9	- 9,6	...	1,0	8,6	.	26,9	30,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in %¹⁵⁾												
2004 März	18,9	22,4	14,9	- 0,1	25,4	0,8	17,3	0,4	- 1,6	.	3,3	3,3
1. Vj.	4,2	5,9	2,4	- 0,6	- 35,7	- 6,4	- 15,8	0,8
April	- 13,5	- 15,5	- 11,2	- 0,2	29,4	- 1,2	- 0,3	0,2	- 1,2	.	- 5,0	- 3,5
Mal	- 5,8	- 7,2	- 4,2	- 0,3	- 5,4	0,2	- 6,6	0,2	- 2,8	.	- 3,5	- 4,8
Juni	11,8	14,8	8,3	0,0	22,0	0,1	2,0	- 0,1	- 1,5	.	- 4,0	- 4,7
2. Vj.	- 2,8	- 4,3	- 1,2	- 0,6	71,4	- 0,7	4,3	0,6
Juli	- 7,8	- 9,0	- 6,3	0,1	- 6,1	0,6	0,8	0,2	5,2	.	2,5	- 13,8
August	- 9,6	- 4,5	- 15,6	0,3	- 25,9	- 0,2	- 7,4	0,1	- 0,7	.	- 7,1	- 27,2
September	14,3	10,3	19,6	0,0	24,9	0,1	6,6	- 0,3	- 3,6	.	- 0,8	- 0,2
3. Vj.	- 4,8	- 2,4	- 7,4	0,2	- 6,8	0,8	- 3,0	0,2
Oktober	1,9	2,8	0,7	- 0,4	19,0	0,1	5,4	0,2	- 0,7	.	- 4,9	12,4
November	- 2,2	2,8	0,7	- 0,3	- 49,1	- 1,5	3,2	- 0,6	0,2	.	- 7,3	9,5
Dezember	- 8,5	- 13,1	- 2,8	- 0,6	18,3	- 2,7	13,3	1,0	3,3	.	1,6	2,5
4. Vj.	2,9	1,4	4,7	- 0,8	- 12,9	- 1,6	14,3	0,0
2005 Januar	1,9	1,5	2,1	- 0,9	- 44,1	- 5,8	...	- 0,2	10,9	.	15,8	31,2
Februar	- 0,4	- 2,9	2,4	- 0,7	52,2	- 3,7	...	0,3	3,0	.	17,5	23,3
März	16,4	14,4	18,4	- 0,2	50,6	0,4	...	0,4	- 0,8	.	13,0	8,6
1. Vj.	0,2	- 6,0	7,4	- 2,0	- 23,1	- 10,1	...	0,6
April	- 8,3	- 3,6	- 13,0	- 0,3	4,3	2,3	...	- 0,2	- 3,3	.	5,4	3,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingte sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsende. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse. — 13) Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003			2004			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6089,4 ¹⁾	6097,8 ¹⁾	6 094,5	6 093,8	6 089,4	6 090,9	6 091,5	6 088,8	6 097,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 468	2 477	2 396	1 561	3 243	3 025	2 380	1 749	3 604
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,8	4,9	4,6	3,1	6,3	6,1	4,6	3,5	7,0
* Lebendgeborene	"	4 533	4 528	4 793	4 004	5 581	4 846	4 512	4 384	5 621
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,9	8,9	9,3	8,0	10,8	9,7	8,7	8,8	10,9
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 126	4 876	4 941	4 534	5 993	4 714	4 584	5 072	5 653
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	9,6	9,5	9,1	11,6	9,4	8,9	10,2	11,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	18	20	22	16	23	17	17	17	33
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	4,4	4,6	4,0	4,1	3,5	3,8	3,9	5,9
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 593	- 348	- 148	- 530	- 412	132	- 72	- 688	- 32
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,2	- 0,7	- 0,3	- 1,1	- 0,8	0,3	- 0,1	- 1,4	- 0,1
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 558	15 950	16 606	12 420	10 901	16 952	16 159	13 174	37 682
darunter aus dem Ausland	"	6 062	8 444	6 998	5 415	4 598	7 864	6 924	5 583	30 766
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 177	14 922	14 548	12 533	14 922	16 004	15 573	15 186	28 638
darunter in das Ausland	"	6 052	7 849	5 740	5 935	6 192	7 105	6 985	8 176	22 158
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	382	1 028	2 058	- 113	- 4 021	948	586	- 2 012	8 644
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 236	17 727	19 750	17 903	20 941	18 943	17 932	19 146	20 003

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	241 998	250 707	256 827	253 861	246 697	287 282	284 975	275 631	268 529
und zwar Frauen	"	102 028	107 256	106 427	107 220	105 053	123 728	123 048	121 294	119 202
Männer	"	139 970	143 451	150 400	146 641	141 644	163 554	161 927	154 337	149 327
Ausländer	"	50 760	52 369	54 463	53 844	52 447	60 305	60 262	58 921	57 873
Jüngere unter 25 Jahren	"	28 993	29 953	30 633	29 054	27 110	39 466	37 997	35 170	33 358
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	8,8	9,1	9,3	9,2	9,0	10,5	10,4	10,1	9,8
und zwar der Frauen	"	7,9	8,3	8,2	8,2	8,1	9,5	9,5	9,3	9,2
Männer	"	9,6	9,9	10,3	10,1	9,8	11,4	11,2	10,7	10,4
Ausländer	"	16,9	17,5	18,1	17,9	17,6	20,3	20,2	19,8	19,4
Jüngeren unter 25 Jahren	"	8,0	8,5	8,5	8,0	7,8	11,4	11,0	10,2	9,7
* Kurzarbeiter (Monatsende)	Anzahl	17 651	9 646	12 264	11 829	11 264	13 717	14 899	15 377	...
* Gemeinde Stellen am Monatsende	"	25 985	22 339	25 790	24 498	23 635	26 110	29 496	31 080	28 359

Erwerbstätigkeit ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2002		2003		2004		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁶⁾	1000	2 192,6	2 150,8	2 214,7	2 187,1	2 161,4	2 136,4	2 111,4	2 112,7	2 143,7
und zwar Frauen	"	956,4	946,3	969,1	962,3	949,2	942,0	933,7	929,0	945,6
Ausländer	"	225,2	215,3	226,0	221,1	213,5	208,0	205,8	207,3	208,2
Teilzeitbeschäftigte	"	350,7	355,8	352,6	354,5	353,8	354,2	353,8	357,2	358,4
darunter Frauen	"	293,8	297,0	295,0	295,4	295,9	295,8	296,2	298,3	299,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,4	14,1	12,3	13,6	11,8	12,1	13,2	13,5
darunter Frauen	"	3,7	3,6	3,8	3,5	3,6	3,3	3,4	3,6	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	533,3	513,8	532,3	525,9	514,2	506,9	500,6	498,7	502,1
darunter Frauen	"	135,8	130,4	136,0	134,0	130,4	127,8	126,5	125,7	126,8
* Baugewerbe	"	114,0	108,7	115,7	108,7	110,4	103,9	100,2	103,3	105,8
darunter Frauen	"	14,1	13,4	14,1	13,8	13,4	13,1	12,8	12,7	12,8
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	556,0	539,7	560,8	554,3	541,7	536,5	531,0	531,5	542,2
darunter Frauen	"	246,7	239,7	248,6	246,0	239,9	237,4	235,0	234,4	240,3
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	470,9	462,7	477,3	469,8	466,4	459,4	455,8	457,4	465,2
darunter Frauen	"	214,9	211,1	217,8	214,8	212,0	208,5	206,8	205,9	210,1
* öffentliche und private Dienstleister	"	504,1	512,3	514,3	516,1	514,7	517,5	511,3	508,3	514,6
darunter Frauen	"	341,2	348,1	348,8	350,1	349,9	351,8	349,1	346,6	351,8

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderter Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit (www.arbeitsagentur.de) als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93, aktualisiert durch WZ 2003) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.06.2003: Dezember 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003; für 30.09.2003: März 2004; für 31.12.2003: Juni 2004; für 31.03.2004: September 2004; für 30.06.2004: Dezember 2004; für 30.09.2004: März 2005. — 8) Einschl. Personen ohne „Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Schlachtungen⁹⁾										
Rinder	Anzahl	5 737	5 315	6 082	6 453	5 053	5 340	5 613	4 599	4 958
Kälber	"	161	154	118	172	192	119	129	222	114
Schweine	"	68 463	62 433	58 798	71 910	59 297	62 739	55 255	57 627	61 500
darunter hausgeschlachtet	"	4 861	4 408	6 081	6 702	4 308	6 094	5 316	4 636	4 745
Schlachtmenge⁹⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	8 213	7 607	7 282	8 478	7 522	7 531	6 663	7 226	7 470
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 614	1 504	1 660	1 718	1 453	1 431	1 488	1 271	1 425
* Kälbern	"	13	12	11	8	16	10	6	14	7
* Schweinen	"	5 988	5 468	5 019	6 191	5 231	5 379	4 726	5 019	5 383
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ⁹⁾	"	2 352	2 659	2 583	3 039	2 766	2 302	2 058	2 311	2 377
* Erzeugte Konsumeler ⁹⁾	1000 St.	27 128	26 286	23 980	23 690	25 980	30 967	27 747	28 073	28 787
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 207	84 661	83 521	87 921	88 074	86 301	82 316	87 807	90 038
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 817	81 440	80 264	84 440	84 705	83 123	79 446	84 629	86 963
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	17,6	17,6	18,2	18,0	18,6	17,7	18,7	18,0	18,5
Verarbeitendes Gewerbe⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		v/Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Betriebe	Anzahl	3 183	3 169	3 195	3 189	3 185	3 124	3 110	3 105	3 106
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	435,9	427,3	429,3	428,8	427,8	418,6	415,5	414,6	413,4
* Geleistete Arbeitsstunden	"	54 723	54 212	53 991	60 205	53 909	53 511	52 296	53 896	54 917
* Brutto- und Gehaltssumme	Mill. EUR	1 425	1 417	1 306,5	1 401,7	1 435,2	1 343,1	1 293,1	1 393,1	1 401,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 992,8	7 215,5	6 717,2	8 095,5	7 177,3	6 574,5	6 798,5	7 516,3	7 498,1
* darunter Auslandsumsatz	"	2 867,6	3 033,1	2 891,6	3 440,8	3 046,3	2 857,9	2 965,9	3 246,3	3 263,9
Exportquote ⁶⁾	%	41,0	42,0	43,0	42,5	42,4	43,5	43,6	43,2	43,5
Volumenindex des Auftragselngangs⁷⁾										
Insgesamt	2000 = 100 % ⁸⁾	1,1	2,7	0,1	16,9	6,8	- 2,2	- 4,6	- 6,6	- 1,0
davon										
Vorteilungsgüterproduzenten	"	2,2	4,5	3,4	15,3	8,9	0,4	- 5,4	- 12,1	- 6,4
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,0	1,2	0,1	23,8	1,7	- 11,0	- 9,4	- 2,2	1,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 6,1	- 4,1	- 3,0	- 1,5	4,8	2,5	- 5,4	- 13,9	- 7,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	9,7	4,5	- 9,7	8,9	15,5	15,4	16,1	3,4	15,1
Volumenindex des Auftragselngangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	8,2	6,0	- 0,3	11,0	13,9	9,3	- 0,3	- 4,2	0,3
Maschinenbau	"	- 3,4	- 0,9	- 6,7	20,1	6,1	- 13,1	- 4,6	28,1	3,3
Kraftwagen und -teile	"	- 2,5	- 1,9	1,4	30,6	- 4,9	- 8,4	- 17,1	- 34,8	- 9,4
Herstellung von Metallzeugnissen	"	0,0	0,4	6,4	21,4	18,1	- 4,7	- 2,1	- 18,1	- 4,6
Energie- u. Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	107	100	100	100	100	105	105	105	105
* Beschäftigte ⁹⁾	"	17 502	17 217	17 315	17 287	17 284	17 120	17 139	17 112	17 040
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾	1000 h	2 185	2 197	2 188	2 422	2 157	2 226	2 140	2 215	2 257
* Brutto- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	61,0	62,0	57,5	56,3	61,2	55,8	58,4	59,7	64,0
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 859,8	2 584,6	2 466,0	2 979,1	2 694,2	2 855,7	2 812,3	2 417,5	1 914,3
Handwerk¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Beschäftigte ¹²⁾	2003 = 100 ¹³⁾	.	98,3	.	98,1	.	.	.	95,1	.
* Umsatz ¹⁴⁾	2003 = 100 ¹⁵⁾	.	100,2	.	88,9	.	.	.	82,8	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfellen, jedoch ohne Inneren. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickelern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichts-kreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) Jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Für die Jahre vor 2004 liegen noch keine rückgerechneten Ergebnisse für das neue Basisjahr 2003 vor. — 12) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 13) Hier: 30.09.2003 = 100. — 14) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 15) Vierteljahresdurchschnitt 2003 = 100.

Hessischer Zahlenspiegel

Baugewerbe										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Bauhauptgewerbe⁰⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	52,2	48,8	48,4	48,8	48,3	45,7	44,2	44,3	45,2
Facharbeiter ²⁾	"	27,5	25,1	24,8	25,2	25,0	22,8	21,9	22,1	22,7
Fachwerker und Werker	"	7,6	6,8	6,5	6,6	6,6	6,3	6,1	6,2	6,5
gewerblich Auszubildende	"	2,3	2,2	2,1	2,1	2,1	2,3	2,2	2,2	2,2
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 882	4 473	3 375	4 626	4 768	2 602	2 657	3 399	4 478
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 995	1 856	1 360	1 885	2 100	1 161	1 246	1 518	1 894
* gewerblicher Bau	"	1 353	1 247	1 061	1 347	1 213	778	730	904	1 170
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 512	1 350	947	1 380	1 430	656	674	970	1 398
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	82,2	76,4	62,4	70,5	78,7	58,0	48,0	57,5	67,9
* Bruttogehaltssumme	"	35,3	34,1	32,6	32,6	35,3	30,9	29,5	29,6	32,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	469,8	442,0	306,9	406,2	388,9	246,6	239,7	303,4	379,9
darunter										
* Wohnungsbau	"	152,7	142,1	99,1	131,5	130,2	82,4	83,4	118,0	142,3
* gewerblicher Bau	"	164,0	154,4	119,3	149,0	143,7	92,9	91,9	103,5	120,2
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,3	143,9	88,2	124,4	113,8	70,9	62,0	81,1	115,6
* Index des Auftragselngangs ³⁾	2000 = 100	75,3	71,3	51,1	64,1	82,9	33,3	50,7	76,4	79,7
darunter										
* Wohnungsbau	"	81,2	80,0	56,1	78,8	80,1	38,1	64,7	108,9	59,9
* gewerblicher Bau	"	55,7	53,2	42,1	41,4	55,2	29,5	41,2	58,6	69,3
* öffentlicher und Straßenbau	"	101,9	94,6	62,5	91,9	124,2	37,3	59,8	91,0	101,6
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	21,3	19,1	.	19,1	.	.	.	18,4	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 059	5 604	.	5 394	.	.	.	5 110	.
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	99,6	90,0	.	84,3	.	.	.	80,6	.
* Bruttogehaltssumme	"	55,7	48,0	.	47,4	.	.	.	46,9	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	514,9	462,2	.	371,1	.	.	.	375,6	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	695	800	1 181	1 321	889	730	894	801	647
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	629	735	1 125	1 220	815	670	839	758	600
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	773	863	1 174	1 450	1 047	795	938	752	663
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	142	157	209	261	183	147	177	141	125
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	177 597	197 724	270 551	321 927	237 085	185 312	211 273	172 941	151 800
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	135	159	117	139	139	140	137	136	168
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 067	993	617	963	498	1 518	555	412	861
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	188	155	96	162	100	236	93	79	137
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	168 911	117 488	68 985	122 189	64 489	198 430	71 018	50 436	94 040
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 449	1 627	2 008	2 709	1 898	1 459	1 759	1 377	1 268
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ⁶⁾	"	7 514	8 533	11 518	13 621	9 854	7 596	8 871	7 394	6 817
Großhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Großhandel⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	83,7	84,1	77,0	91,2	85,6
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	85,1	87,6	78,7	93,7	89,4
* Beschäftigte (Index)	"	90,1	88,0	88,6	88,3	87,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Baulinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj., usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel Einzelhandel und Gastgewerbe

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Einzelhandel¹⁾										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	98,6	96,6	85,5	99,8	99,3
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,4	98,6	86,8	101,8	101,5
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	113,7	111,4	101,1	115,5	116,9
Apotheken ⁵⁾	"	109,6	109,4	96,2	114,7	109,6
Bekleidung	"	90,2	88,7	68,6	85,4	92,6
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	84,9	88,8	79,0	93,6	83,9
Metallwaren und Anstrichmitteln ⁷⁾	"	102,2	96,9	76,9	105,0	115,0
* Beschäftigte (Index)	"	92,5	91,2	90,7	90,8	90,7
Kfz-Handel u. Tankstellen⁸⁾										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	92,0	93,5	83,7	112,5	104,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	94,3	97,1	86,7	116,7	108,6
* Beschäftigte (Index)	"	92,4	90,0	89,6	90,0	89,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ²⁾ — real	2000 = 100	83,6	82,9	78,4	81,0	83,7
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	89,1	89,1	84,0	86,7	89,7
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	87,2	88,4	86,7	84,5	87,1
Restaurants, Cafes, Eisdielen, Imbisshallen	"	88,2	85,4	78,4	82,5	86,8
Kantinen und Caterer	"	95,5	100,5	92,8	100,6	101,5
* Beschäftigte (Index)	"	89,4	91,2	87,0	89,4	91,0

Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt⁹⁾										
	Mill. EUR	2 812,3	3 098,8	2 829,5	3 180,9	3 186,1
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	79,2	86,5	73,8	84,1	77,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 609,3	2 862,5	2 627,8	2 961,6	2 968,9
davon										
* Rohstoffe	"	19,9	19,6	20,1	21,2	24,6
* Halbwaren	"	146,5	168,6	165,5	184,2	168,8
* Fertigwaren	"	2 442,9	2 674,3	2 442,2	2 756,2	2 775,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	462,1	492,4	465,6	516,2	609,7
* Enderzeugnisse	"	1 980,7	2 181,9	1 976,5	2 240,1	2 165,8
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	702,7	716,5	645,8	749,2	870,4
Maschinen	"	384,8	455,3	411,7	418,4	393,2
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	296,5	337,5	302,6	395,8	381,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	237,0	262,7	245,9	258,4	239,1
Eisen- und Metallwaren	"	176,3	202,6	203,4	199,5	209,9
davon nach										
* Europa	"	2 017,9	2 242,0	2 071,0	2 283,0	2 287,6
* darunter EU-Länder ⁹⁾	"	1 536,8	1 940,7	1 808,0	1 952,1	1 994,1
* Afrika	"	43,3	65,7	41,8	50,6	86,0
* Amerika	"	333,7	343,7	310,7	352,6	367,7
* Asien	"	394,8	422,6	385,1	465,3	425,5
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	22,5	24,9	21,0	29,4	19,3
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt⁹⁾										
	"	4 089,1	4 490,9	3 942,8	4 447,8	4 753,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	182,9	178,7	199,8	172,6	211,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 602,7	3 963,6	3 451,4	3 946,4	4 222,4
davon										
* Rohstoffe	"	68,6	61,2	66,0	71,5	68,7
* Halbwaren	"	240,7	249,8	229,7	266,7	214,1
* Fertigwaren	"	3 293,4	3 652,7	3 155,7	3 608,3	3 939,6
davon										
* Vorerzeugnisse	"	379,2	418,2	380,9	344,7	349,6
* Enderzeugnisse	"	2 914,2	3 234,5	2 774,8	3 263,6	3 589,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Sowie Reparatur von Gebrauchsgütern. — 2) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 3) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 4) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 5) Sowie Hausrat a. n. g. — 6) Sowie Bau- und Helmwerkerbedarf. — 7) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 8) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 9) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon aus										
* Europa	MIIL. EUR	2 693,6	2 867,4	2 687,5	2 926,2	2 863,7
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 068,7	2 593,3	2 420,9	2 661,6	2 595,0
* Afrika	"	77,2	79,1	72,6	102,9	72,8
* Amerika	"	502,8	558,6	364,9	445,3	817,0
* Asien	"	807,4	979,1	813,3	966,9	995,8
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	8,0	6,6	4,5	6,6	4,6

Tourismus³⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Gästeankünfte und zwar	1000	782	815	704 r	788 r	772	689	701	748	845
* von Auslandsgästen auf Campingplätzen	"	193	211	195	191	193	198	192	193	207
* Gästeübernachtungen und zwar	"	1 985	1 993	1 777 r	1 860 r	1 996	1 740	1 717	1 879	1 966
* von Auslandsgästen auf Campingplätzen	"	373	407	431	354 r	380	432	415	381	391
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindeguppen										
Heilbäder	"	602	572	534	551	568	490	514	553	535
Luftkurorte	"	119	115	83	92	106	82	82 r	95	97
Erholungsorte	"	84	28	53	54	80	49	57	66	65
sonstige Gemeinden	"	1 181	1 227	1 098	1 150	1 188	1 120	1 065 r	1 165	1 269
darunter Großstädte	"	531	566	556	543	543	578	543	559	607

Verkehr

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 007	1 056	897	1 187	1 046	972	901	1 061	1 008
davon										
* Güterversand	"	187	209	191	202	180	253	209	230	221
* Gütereingang	"	820	847	706	985	867	718	692	831	786
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	27 799	28 120	24 077	35 845	31 456	20 328	22 641	34 331	33 115
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	24 217	24 378	20 660	29 875	26 129	17 689	19 542	28 653	27 400
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 520	1 574	1 425	1 902	1 608	1 253	1 451	1 616	2 084
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 562	1 608	1 632	3 320	2 891	928	1 216	3 373	2 895
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	290	333	230	414	431	286	283	308	402
Strassenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 980	2 804	2 209	2 632	2 711	2 258	2 170	1 825	2 594
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 170	2 027	1 456	1 814	2 021	1 580	1 507	1 328	1 946
* getötete Personen	"	42	34	28	27	37	26	15	19	27
* verletzte Personen	"	2 887	2 689	1 962	2 395	2 679	2 145	2 054	1 817	2 572
L i n i e n a h v e r k e h r d e r V e r k e h r s - u n t e r n e h m e n ⁷⁾										
Fahrgäste ⁸⁾	1000	.	101 373	.	314 795	.	.	.	300 312	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	.	64 572	.	197 771	.	.	.	189 247	.
Straßenbahnen	"	.	15 247	.	48 511	.	.	.	47 395	.
Omnibussen	"	.	24 232	.	76 470	.	.	.	71 005	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	.	2 029 849	.	6 087 813	.	.	.	5 851 544	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	.	1 821 306	.	5 412 167	.	.	.	5 224 227	.
Straßenbahnen	"	.	55 795	.	180 382	.	.	.	177 306	.
Omnibussen	"	.	152 749	.	495 264	.	.	.	450 011	.
L i n i e n f e r n v e r k e h r m i t O m n i b u s s e n ⁹⁾										
Fahrgäste	1000	.	98	.	462	.	.	.	178	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	.	115 678	.	274 521	.	.	.	231 660	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten. — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; ab Januar 2004 einschl. Camping bzw. in der Untergliederung nach Gemeindeguppen für den ganzen Berichtszeitraum ohne Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindeguppe zugeordnet. Die Gemeindeguppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 6) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 7) Wegen methodischer Änderungen in der Statistik des Personenverkehrs liegen für die Jahre vor 2004 keine vergleichbaren Daten vor. — 8) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 9) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Linienverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken Insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	191 573	192 610	.	583 781	.	.	.	582 123	.
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ³⁾	"	139 833	133 770	.	405 983	.	.	.	405 669	.
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	23 172	19 449	.	64 467	.	.	.	63 335	.
Kredite über 1 Jahr ⁴⁾	"	116 661	114 321	.	341 516	.	.	.	342 334	.
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁵⁾ von Nichtbanken Insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	155 575	154 853	.	455 505	.	.	.	501 458	.
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	540	628	573	717	565	661	635	752	721
davon										
* Unternehmen	"	195	199	192	253	201	195	171	204	194
* Verbraucher	"	173	229	207	242	198	246	252	283	286
* ehemals selbstständig Tätige	"	94	138	105	152	117	152	148	206	180
* sonstige natürliche Personen ⁶⁾ , Nachlässe	"	78	62	69	70	49	68	64	59	61
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	209 656	240 074	154 915	249 861	252 247	145 241	267 783	257 463	195 882
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Gewerbeanzeigen	Anzahl	5 587	6 636	6 095	7 552	6 183	7 192	6 281	6 714	6 627
* Gewerbeabmeldungen	"	4 801	4 955	4 651	5 555	4 367	5 905	5 035	5 235	4 870
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	103,9	105,4	104,8	105,2	105,4	106,0	106,3	106,7	106,5
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,9	103,8	104,4	104,2	104,3	103,8	105,0	105,0	104,6
alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	111,5	120,8	113,3	121,6	121,6	129,6	129,6	129,5	129,4
Bekleidung, Schuhe	"	97,7	94,7	96,1	96,6	96,5	92,0	91,8	92,7	92,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁸⁾	"	105,1	106,9	106,1	106,4	106,6	108,2	108,3	109,0	109,2
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁹⁾	"	101,1	99,8	100,3	100,4	100,5	99,0	99,1	98,8	98,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	106,3	108,3	106,6	106,9	108,3	108,8	109,1	110,7	111,6
Nachrichtenübermittlung	"	96,4	95,6	96,2	96,3	95,9	95,2	95,2	95,2	95,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,5	99,2	99,7	99,0	98,7	97,2	98,8	98,2	96,5
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	106,2	106,1	105,1	105,2	104,6	107,3	106,0	106,3	104,6
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹⁰⁾	2000 = 100	100,8 ⁸⁾	101,4 ⁸⁾	100,6	.	.	.	102,3	.	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Steueraufkommen Insgesamt ¹¹⁾	Mill. EUR	3 165,9	2 744,4	2 554,8	2 217,2	3 193,3	2 233,3	3 183,0	3 121,0	2 122,5
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	2 706,0	2 590,0	2 395,5	2 055,4	2 934,3	2 090,4	3 046,9	2 991,5	1 897,0
davon										
Lohnsteuer ¹²⁾	"	1 466,6	1 388,3	1 394,1	1 345,0	1 494,0	1 306,6	1 303,9	1 448,5	1 418,6
veranlagte Einkommensteuer	"	32,8	26,7	- 150,2	- 162,1	- 89,3	- 24,9	42,5	- 141,8	- 63,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	130,8	150,2	46,9	50,3	430,1	124,8	287,8	117,1	116,5
Zinsabschlag ¹³⁾	"	239,6	215,9	345,4	217,1	187,8	597,5	323,4	227,0	232,0
Körperschaftsteuer ¹⁴⁾	"	8,8	45,1	- 115,2	174,3	128,0	- 728,8	59,4	657,0	- 595,6
Umsatzsteuer	"	703,7	756,5	867,4	422,8	773,0	808,6	1 022,8	678,8	783,2
Einfuhrumsatzsteuer	"	123,7	7,2	7,3	8,0	10,7	6,6	7,1	4,9	5,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Post giro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithalter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reise-gewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November. — 10) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 11) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2004			2005			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
Noch: Steueraufkommen insgesamt⁰⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. EUR	274,0
darunter										
Mineralölsteuer	*	44,0
Versicherungsteuer	*	79,8
Zölle ⁹⁾	*	8,7
Landessteuern	*	133,6	126,5	149,0	161,8	126,7	146,5	129,3	128,7	142,0
darunter										
Vermögenssteuer	*	1,6	0,8	- 1,0	1,3	0,5	- 1,2	- 1,5	0,7	0,7
Erbschaftsteuer	*	32,2	25,9	20,1	41,0	17,7	40,1	19,3	20,7	26,2
Grunderwerbsteuer	*	36,7	33,6	42,9	45,7	30,3	27,5	35,4	38,8	24,5
Kraftfahrzeugsteuer	*	47,2	50,2	47,1	62,1	57,3	63,5	55,0	62,2	63,8
Gewerbesteuerumlage	*	43,7	28,0	10,3	0,0	132,4	- 3,6	6,8	0,8	83,5

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003		2004				2005
		Durchschnitt ⁰⁾		Sept.	Dez..	März	Juni	Sept.	Dez.	März
Kassenmäßiges Steueraufkommen										
der Gemeinden und Gemeindeverbände										
davon										
Grundsteuer A	*	4,3	4,9	5,5	3,6	4,4	4,2	5,2	5,6	4,3
Grundsteuer B	*	157,3	162,6	169,0	134,0	150,4	184,6	175,8	139,6	151,7
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	*	634,0	707,5	521,6	593,7	719,7	728,1	680,3	701,9	747,8
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	*	566,7	512,6	498,4	1 033,6	101,3	554,6	474,5	920,0	72,4
andere Steuern ⁰⁾	*	15,8	15,4	16,8	13,6	14,6	17,0	17,5	12,6	13,3

Verdienste ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2003	2004	2003	2004				2005	
		Durchschnitt ⁰⁾		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
Arbeiterverdienste										
Im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 529	2 570	2 554	2 531	2 563	2 583	2 580	2 560	2 586
* männliche Arbeiter	*	2 608	2 647	2 634	2 607	2 641	2 661	2 657	2 637	2 664
darunter Facharbeiter	*	2 757	2 804	2 784	2 760	2 796	2 817	2 816	2 802	2 823
* weibliche Arbeiter	*	1 966	2 015	1 980	1 990	2 008	2 026	2 023	2 013	2 026
darunter HilfsarbeiterInnen	*	1 819	1 861	1 832	1 836	1 856	1 882	1 858	1 856	1 867
* Bruttolohnverdienst insgesamt	*	15,49	15,79	15,56	15,74	15,79	15,77	15,82	15,86	15,93
* männliche Arbeiter	*	15,95	16,24	16,02	16,21	16,25	16,21	16,27	16,33	16,38
darunter Facharbeiter	*	17,04	17,44	17,12	17,40	17,44	17,42	17,48	17,54	17,55
* weibliche Arbeiter	*	12,21	12,51	12,27	12,37	12,47	12,55	12,57	12,52	12,63
darunter HilfsarbeiterInnen	*	11,14	11,39	11,18	11,27	11,36	11,48	11,38	11,39	11,47
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	*	3 746	3 833	3 771	3 792	3 822	3 841	3 850	3 857	3 880
* männlich	*	3 993	4 079	4 017	4 039	4 069	4 086	4 095	4 102	4 129
* weiblich	*	3 044	3 133	3 070	3 089	3 119	3 144	3 150	3 150	3 161
* kaufmännische Angestellte	*	3 531	3 615	3 557	3 580	3 605	3 624	3 630	3 630	3 653
* technische Angestellte	*	3 934	4 021	3 959	3 975	4 009	4 030	4 040	4 046	4 071
* In Handel ⁷⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	*	3 448	3 535	3 469	3 513	3 531	3 538	3 544	3 588	3 597
* männlich	*	3 812	3 914	3 838	3 893	3 910	3 915	3 924	3 962	3 968
* weiblich	*	2 892	2 950	2 906	2 934	2 950	2 951	2 955	3 000	3 013
* kaufmännische Angestellte	*	3 442	3 528	3 462	3 506	3 520	3 534	3 539	3 585	3 590
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁷⁾ ; Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	*	3 562	3 654	3 586	3 623	3 646	3 660	3 667	3 696	3 710

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter, (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. Zoll-Euro. — 3) Vierteljahresdurchschnitte. — 4) Und steuerähnliche Einnahmen. — 5) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 8) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Strategiegerechte Budgetierung

Anforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Budgetierung im Rahmen der Strategierealisierung. Von O. Greiner, 1. Auflage, XXII und 284 Seiten, kartoniert, 45,00 Euro, Verlag Vahlen, München, 2004.

Strategie und Budgetierung – zwei wichtige Instrumente der Unternehmensführung – hat der Autor zusammen gebracht und das Wechselspiel zwischen beiden näher untersucht. Ziel der Untersuchung war die Antwort auf die Frage, „in welcher Form die jahresbezogene Budgetierung eine bessere Strategierealisierung unterstützen kann?“ Die Arbeit, die sich an Fach- und Führungskräfte im Rechnungswesen und Controlling wendet, bietet in systematischer Weise über 20 Empfehlungen zur Budgetgestaltung bzgl. einer besseren Unterstützung der Strategierealisierung. Strategierealisierung wird hierbei vom Autor als „Prozess der kontinuierlichen Anwendung und Anpassung einer Strategie unter Beibehaltung einer grundsätzlichen Vorgehensweise“ interpretiert. Die Ableitung der Gestaltungsempfehlungen erfolgte sowohl auf der Grundlage bestehender Veröffentlichungen als auch im Rahmen einer fragebogengestützten Empirie unter über 100 deutschen Unternehmen. Der Autor erläutert zunächst die Problemstellung und Aufbau der Arbeit sowie das Erhebungsdesign der empirischen Untersuchung. Anschließend werden in eigenen Kapiteln die Strategierealisierung (Konzept und Operationalisierung) und die Budgetierung (Begriff und Funktionen) dargestellt und im folgenden Kapitel „Begriff, Funktionen und Probleme der strategiegerechten Budgetierung“ beide Komponenten verknüpft sowie die strategiegerechte Gestaltung der Budgetierung („Better Budgeting“) vorgestellt. Den Abschluss der Arbeit bilden die Ausführungen zu der Umsetzung der Gestaltungsempfehlungen der strategiegerechten Budgetierung. Gestützt auf die Empirie kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass die Bedeutung der Budgetierung eher zu- denn abgenommen hat und deshalb die Auseinandersetzung mit dem Führungsinstrument Budgetierung verstärkt und die Verbindungen zu weiteren Führungsinstrumenten hergestellt werden sollten. 7149

Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland

Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland

Herausgegeben von M. T. W. Rosenfeld u. C. Schlömer, Band 312, Teil 4 der Reihe „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“, VIII und 84 Seiten, kartoniert, 19,50 Euro, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Hannover (Eigenverlag), Hannover, 2004.

Der zu erwartende langfristige Rückgang und die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung in Deutschland und anderen europäischen Ländern lösen einen entsprechenden Handlungsbedarf aus. Für die nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung ergibt sich ein komplexer, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastruktur. Daher hat die ARL ihre Arbeiten zur Untersuchung der räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels intensiviert und zu einem Verbundforschungsprojekt ausgebaut, an dem mehrere Gremien beteiligt sind. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang ein Arbeitskreis, für den zu Beginn seiner Tätigkeit zwei Grundlagenstudien zu den demographischen und nichtdemographischen (insbesondere ökonomi-

sche und technologische) Einflussfaktoren erarbeitet worden sind. Die Ergebnisse dieser Studien werden im vorliegenden Band veröffentlicht. Die Grundlagenstudie „Bestimmungsfaktoren der künftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland“ stellt zunächst die regionalen Unterschiede der künftigen demographischen Entwicklung dar. Anschließend werden Erkenntnisse über die räumlichen Schwerpunkte der durch den demographischen Wandel bedingten Problemlagen präsentiert. Insbesondere durch die Alterung der Bevölkerung und die schwerwiegenden Bevölkerungsrückgänge in den unteren Altersgruppen entstehen Lücken zwischen Angebot und Nachfrage für Infrastruktureinrichtungen, die vor allem in dünn besiedelten Gebieten Anpassungsstrategien erforderlich machen. Die Studie „Nichtdemographische Einflussfaktoren der Regionalentwicklung in Deutschland“ untersucht im Hinblick auf die zu erwartenden räumlichen Konsequenzen der sektoralen, technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen, wie das künftige räumliche Muster der Wirtschaft in Deutschland aussehen dürfte. Auf der Basis von Hypothesen, die sich aus maßgeblichen regionalökonomischen Theorien ableiten lassen, wird gezeigt, dass insgesamt mit einer Zunahme der räumlichen Disparitäten zu rechnen ist. Vor diesem Hintergrund empfehlen die Autoren der Studie, die bislang praktizierte ausgleichsorientierte Regionalpolitik zu überdenken. 7152

Zeitschrift für Tariffrecht – ZTR

Tarif, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 197,00 Euro inkl. Versandkosten, Verlagsgruppe Hüthig-Jehle-Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 4/05 bis 6/05: Der Entschädigungsanspruch schwerbehinderter Menschen wegen der Benachteiligung in einem Beschäftigungsverhältnis / Lohnsteuerpflicht für Austrittszahlungen aus Umlagekassen des öffentlichen Dienstes? / Einführung und Ausgestaltung eines Assessment-Centers als mitbestimmungs- (mitwirkungs-)pflichtige Maßnahme / Neues Tariffrecht für den öffentlichen Dienst / Antidiskriminierung bis zur Diskriminierung / Die Nichtzulassungsbeschwerde nach dem Anhörungsrügensgesetz / Das neue Tariffrecht für den öffentlichen Dienst – Teil 2 – Eine erste Übersicht mit besonderem Schwerpunkt auf Arbeitszeit, Entgelt und Eingruppierung, Überleitung sowie dem kommunalen Bereich / Neues Reisekostenrecht des Bundes / Auszubende Tätigkeit, Eingruppierung und Direktionsrecht – eine Bestandsaufnahme anhand der Rechtsprechung des BAG / Amtsgemäße Beschäftigung von Bundesbeamten in einem privatisierten Unternehmen am Beispiel der Deutschen Telekom. 6133-52

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Berufsbildung im öffentlichen Dienst

Ergänzbares Textsammlung des Berufsbildungsrechts des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Herausgegeben von Dr. F. Bieler, B. Bieler u.a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/04 vom April 2004, 6778 Seiten, in 3 Ordnern, 138,00 Euro); Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2004. 4894

Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung

Herausgegeben von Dr. H. H. Eberstein und Dr. H. Karl, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 53. Erg.-Lfg. vom November 2003, 198 Seiten, 46,80 Euro) 2000 Seiten, in 2 Plastikordnern, 174,00 Euro; Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln-Marienburg, 2004. 4050

Die HEPAS-Fachdatei HSL ist die Datenbank des Hessischen Statistischen Landesamtes und zugleich eine von mehreren Dateien des **H**essischen **P**lanungsinformations- und **A**nalyse-**S**ystems. Sie enthält derzeit rund 7500 Merkmale aus den verschiedenen Erhebungen der amtlichen Statistik, die auf Gemeindeebene erhoben werden, und liefert die Basisdaten für folgende regionalstatistische Veröffentlichungen:

Hessische Gemeindestatistik

Die jährlich seit 1980 herausgegebene **Hessische Gemeindestatistik** enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen über 280 Merkmale und Verhältniszahlen/ Anteilwerte für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen: Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungswesen, Tourismus, Straßenverkehrsunfälle, Finanzen und Steuern sowie Personal der Gemeinden.

Sie erhalten die Veröffentlichung sowohl in gedruckter Form als auch ab Ausgabe 1996 in elektronischer Version im Excel 97-Format (Diskette oder Online).

Hessische Gemeindeblätter

Die **Hessischen Gemeindeblätter** werden als Loseblattsammlung herausgegeben und sind ab der Ausgabe 1990 lieferbar. Das Gemeindeblatt enthält einen Auszug von 125 Merkmalen und Verhältniszahlen der letzten vier Ausgaben der „Hessischen Gemeindestatistik“. Neben den Grundzahlen sind auch jeweils die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr angegeben, wodurch die Beurteilung der Entwicklung strukturelevanter Daten einer Gemeinde für einen Zeitraum von vier Jahren wesentlich erleichtert wird.

Gemeindedaten im Internet

Im **Internetangebot** des Hessischen Statistischen Landesamtes (www.statistik-hessen.de) können Sie für einzelne Gemeinden ausgewählte Merkmale kostenfrei abrufen.

Regionalstatistische Sonderauswertungen

Außer den Erhebungsmerkmalen in den zuvor genannten Veröffentlichungen sind auch alle übrigen Merkmale ab Gemeindeebene mittels Standard- oder Sonderauswertungen in vielfältiger fachlicher, räumlicher und zeitlicher Kombination abrufbar. Daten- und Dateiformate können dem Kundenwunsch entsprechend angepasst werden.

Kontakt: Tel.: 0611 3802-144, -147 oder -156
Fax: 0611 3802-190
E-Mail: hepas@statistik-hessen.de

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 • Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de • Internet: www.statistik-hessen.de

Die jährlich herausgegebene „Hessische Gemeindestatistik“ enthält nach Vorbemerkungen und begrifflichen Erläuterungen insgesamt 285 Merkmale für jede hessische Gemeinde, und zwar aus den Bereichen:

Gebiet und Bevölkerung

Fläche – Wohnbevölkerung insgesamt sowie deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung – Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungsbewegung

Beschäftigung

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt, beschäftigte ausländische Arbeitnehmer und Beschäftigte in beruflicher Ausbildung

Landwirtschaft

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche – Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben – Rindvieh- und Schweinehaltung – Flächennutzung

Verarbeitendes Gewerbe

Betriebe und Beschäftigte nach Hauptgruppen

Bauwirtschaft

Bauhauptgewerbe – Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Bestand an Wohnungen und Wohngebäuden

Verkehr

Tourismus und Straßenverkehrsunfälle

Finanzen und Steuern

U. a. Einnahmen, Ausgaben, Schuldenstand und -tilgung, Steuereinnahmen, Realsteueraufbringungskraft und Realsteuerhebesätze – Finanzausgleich – Personalstand – Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sowie der Umsatzsteuerstatistik

Sämtliche Daten sind auch für das Land Hessen, für die Landkreise und die Regierungsbezirke sowie für den am 1. April 2001 neu gegründeten Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, den bisherigen Umlandverband Frankfurt, den Verdichtungsraum-Rhein-Main und den Zweckverband Raum Kassel nachgewiesen. Ein alphabetisches Verzeichnis der Gemeinden erleichtert die Benutzung.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 • Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de • Internet: www.statistik-hessen.de



Printversion:

Format: DIN A 4, kartoniert

Diskettenversion:

Excel 97-Format

Download:

Excel 97-Format

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Planung und Migration

Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Herausgegeben von T. Wiechmann u. O. Fuchs, Band 307 der Reihe „Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels“, Teil 2, IX und 196 Seiten, kartoniert, 27,00 Euro, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Hannover (Eigenverlag), Hannover, 2004.

Demographische Schrumpfung tritt nur dann auf, wenn mindestens eines der folgenden Phänomene in einem Gebiet gegeben ist: Sterbeüberschuss oder Abwanderung. Treten beide Phänomene gleichzeitig auf, wie dies zurzeit in Ostdeutschland der Fall ist, verschärft sich die Situation erheblich. Dauerhaft lässt sich der durch geringe Fertilitätsraten und Sterbeüberschuss verursachte Schrumpfungsprozess nur durch eine erhöhte Zuwanderung abschwächen. Für die Raumplanung stellen künftige Wanderungsbewegungen eine besondere Herausforderung dar, da sie zum einen eine wesentliche Rahmenbedingung für die räumliche Entwicklung darstellen, zum anderen aber nur schwer prognostizierbar sind. Vor diesem Hintergrund befasste sich das „Junge Forum 2003“ der ARL auf seiner Tagung im Mai 2003 mit dem Verhältnis von Planung und Migration und fragte dabei insbesondere nach Determinanten, Folgen und raumplanerischen Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Der vorliegende Band enthält u. a. folgende Tagungsbeiträge: „Einführende Referate des Plenums“: Ageing – Wanderung – Schrumpfung: Ein Problem- aufriß nach Siedlungsstrukturtypen (H. Zimmermann); Planung und Migration – Auswirkungen der Migration auf regionaldemographische Entwicklungen und Planungen (E.-J. Flöthmann); Arbeitsgruppe 1 „Leitbilder und Zielvorstellungen für schrumpfende und wachsende Regionen“: Leitbilder für Regionen mit räumlich differenzierten Entwicklungstendenzen – Das Beispiel des Leitbilds für den Ballungsraum Rhein-Main (C. Langhagen-Rohrbach); Regionale Netzstädte – Zukünftige Chance für die Regionalentwicklung? (N. Schäfer); Arbeitsgruppe 2 „Integration von Migranten im Zuwanderungsland Deutschland: Zukünftiger Handlungsbedarf aus der Sicht der Planung“: Zuwanderung als Aufgabe räumlicher Planung? (K. Henkel); Über Ressourcen und Restriktionen: Die Rolle des Stadtteils für die Integration von Migranten (A. Janßen, A. Polat); Arbeitsgruppe 3: „Planerischer Umgang mit Abwanderung und demographischer Schrumpfung“: Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg – Ostdeutschland als Laboratorium für den Umgang mit zunehmenden Disparitäten? (S. Dahm); Abbau, Umbau, Aufbau – Perspektiven des städtebaulichen Planens in der schrumpfenden Stadt (F. Schwartze). 7146

Allgemeines Statistisches Archiv



Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von W. Seidel (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg), 89. Jg. (2005); Heft 2 von 4, ca. 110 Seiten, kartoniert; Physica-Verlag, Heidelberg, 2005.

Das „**Archiv**“ enthält die Vorträge der Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft 2004 in Frankfurt am Main mit dem Rahmenthema „Arbeitsmarkt und Statistik“: Arbeitsmarkt und Statistik: Chancen und Herausforderungen für die empirische Arbeitsmarktforschung (B. Fitzenberger u. J. Möller); Microdata Access and Labor Market Research: The U. S. Experience (K. G. Abraham); Arbeitsmarktforschung und Arbeitsmarktstatistik aus der Sicht der wirtschaftspolitischen

Beratung: Erfahrungen und Perspektiven (W. Franz); Datenverfügbarkeit und Datenzugang am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (J. Allmendinger u. A. Kohlmann); Job Creation and Destruction over the Business Cycles and the Impact on Individual Job Flows in Denmark 1980–2001 (R. Ibsen u. N. Westergaard-Nielsen); Unemployment duration and the length of entitlement periods for unemployment benefits: do the IAB employment subsample and the German Socio-Economic Panel yield the same results? (M. Biewen u. R. A. Wilke).

4659/97

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM MAI 2005

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen
 = elektronisch lieferbar,  = auf CD-ROM lieferbar
 Online = im Internet unter www.statistik-hessen.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Erwerbstätige in Hessen und in Deutschland 1991 bis 2004; (A VI 6/S - j/1991 - 2004)	4,80 Euro
 , Online (Excel-Format)	5,20 Euro/3,20 Euro
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. Juni 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (A VI 5 - vj 2/04); (K)	5,90 Euro
 , Online (Excel-Format)	6,00 Euro/4,00 Euro
Gewerbeanzeigen in Hessen im 4. Vierteljahr 2004; (D I 2 - vj 4/04); (K)	4,80 Euro
 , Online (Excel-Format)	5,20 Euro/3,20 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 2005 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 2/05); (K)	3,70 Euro
 , Online (Excel-Format)	4,40 Euro/2,40 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Februar 2005; (E I 1 - m 2/05); (K)	4,80 Euro
 , Online (Excel-Format)	5,20 Euro/3,20 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Februar 2005; (E I 3 - m 2/05)	4,80 Euro
Energieversorgung in Hessen im August 2004; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 8/04)	3,70 Euro
 , Online (Excel-Format)	4,40 Euro/2,40 Euro
Energieversorgung in Hessen im September 2004; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 9/04)	3,70 Euro
 , Online (Excel-Format)	4,40 Euro/2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Dezember 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 12/04)	3,70 Euro
 , Online (Excel-Format)	4,40 Euro/2,40 Euro
Umsatzsteuerstatistik 2003; (L IV 1 - j/03); (K)	11,30 Euro
 , Online (Excel-Format)	10,00 Euro/8,00 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im März 2005; (M I 2 - m 3/05)	5,90 Euro
 , Online (Excel-Format)	6,00 Euro/4,00 Euro
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen und in Deutschland 1991 bis 2004; (P I 1 - j/04)	4,80 Euro
 , Online (Excel-Format)	5,20 Euro/3,20 Euro
Das Anlagevermögen in Hessen 1991 bis 2003; (P/S 1 - j/03)	3,70 Euro
 , Online (Excel-Format)	4,40 Euro/2,40 Euro
Besonders überwachungsbedürftige Abfälle in Hessen 2002; (Q II 11 - j/02)	5,90 Euro
 , Online (Excel-Format)	6,00 Euro/4,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden